

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erstein Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen in den verschiedenen Ländern.

Seit Jahren werden vom internationalen Sekretariat der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe auf Grund einer eingehenden Umfrage bei den angeschlossenen Verbänden statistische Erhebungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Kollegenschaft veranstaltet. Auch für das Jahr 1929 ist wieder eine solche Erhebung bei den dem Sekretariat angeschlossenen 14 Verbänden durchgeführt worden. Um spätere Vergleiche zu ermöglichen, wurde wie früher bereits gefragt nach der Art und dem Geltungsbereich der bestehenden Tarifverträge, nach der tariflich vereinbarten Arbeitszeit, nach der Höhe der Stundenlöhne, auch im Vergleich mit den in andern verwandten Berufen und in der Vorkriegszeit gezahlten Löhnen, nach der Anwendung der Akkordarbeit, der Gewährung von Ferien, nach den Lehrlingsverhältnissen, nach den statistisch ermittelten Arbeitskämpfen usw. Wenn sich auch im allgemeinen im Laufe eines Jahres keine grundlegenden bedeutenden Änderungen in unserm Gewerbe vollziehen, so bieten sich doch im Vergleich mit den vorhergehenden Ermittlungen manche interessante aufschlussreiche Ergebnisse.

Von den versandten Fragebogen kamen aus 11 Ländern 12 ausgefüllt zurück, und zwar je einer aus Amerika, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Holland, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz und aus der Tschechoslowakei zwei. (In England und in der Tschechoslowakei gehen dem Sekretariat je zwei Verbände an.) Schottland und Ungarn stehen zur Zeit noch aus. Wir geben nachfolgend die wichtigsten Feststellungen wieder.

Für die Tarifverträge (Reichs- beziehungsweise Landes- beziehungsweise tarifliche Verträge) bestehen nach den gemachten Angaben in vier Ländern, und zwar in Dänemark, Deutschland, England und Holland. In Deutschland existieren neben dem nun schon seit 1910 beziehungsweise 1928 ununterbrochen geltenden Reichstarifvertrag noch zwei Bezirksstarife (für Schlesien und Rheinland-Westfalen).

Die Tarifverträge wurden aus 11 Ländern gemeldet aus Amerika, Deutschland, England, Finnland, Holland, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die Zahl dieser örtlichen Tarife, deren Bedeutung besonders in den Ländern sehr gering ist, in denen ein zentraler Tarifvertrag besteht, liegt sich erfahrungsgemäß immer schwer ermitteln. Es bestehen unter andern Deutschland von 19 (im Vorjahre 31), England von 26, darunter Irland mit 25, Finnland von 19 (2), Holland von 6, Norwegen von 9 (11), Oesterreich von 9 (6), Schweden von 100 (90), die Schweiz von 21 (13), die Tschechoslowakei von 9 (4); Amerika und Ungarn gaben hierüber keine bestimmten Ziffern an. — In Deutschland und in verschiedenen andern Ländern, darunter in Dänemark, England, Holland, Oesterreich und der Tschechoslowakei, bestehen neben den Tarifverträgen für das Malergewerbe auch noch Abmachungen für die Lackierer in Industriebetrieben, teils örtlichen oder zentralen Charakters, die meistens mit andern Verbänden zusammen abgeschlossen wurden.

Unter einem zentralen (Reichs- beziehungsweise Landes-) Tarifvertrag arbeiteten 1929 durchschnittlich in der Hochspannung etwa 94 990 (im Vorjahre 67 100) organisierte Kollegen; dazu kommen noch 53 655 (27 160) unorganisierte. Wie schon in früheren Berichten betont wurde, sind diese Ziffern natürlich nicht unbedingt zutreffend. Sind solche Zahlen schon im allgemeinen schwer festzustellen, so trifft dies im höchsten Maße zu, wenn dies auf internationaler Grundlage, nach den Angaben der verschiedensten Verbände, geschehen muß. Doch wird es in dieser Beziehung im Laufe der Zeit besser werden, zumal man überall nach und nach immer mehr Gewicht auf die Berufs- und Sozialstatistik legt. — In acht Ländern, in Amerika, Finnland, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn, bestehen nur Ortsstarife; in Dänemark und Holland dagegen nur je ein Landes- tarifvertrag für alle Orte des Landes.

Unter lokalen Tarifen, von denen (ohne Amerika) 218 gemeldet wurden, arbeiteten etwa 24 000 Gehilfen; davon waren 18 000 organisiert. Unsere Beobachtungen auf Grund des eingegangenen Materials lassen erkennen, daß

die Zahl der Orte, meist gleichbedeutend mit mehr oder weniger ausgedehnten Lohn- und Wirtschaftsgebieten, für die formell kein Tarifvertrag besteht, sehr gering und meist ohne allgemein praktische Bedeutung ist; nur einzelne

Heran zum Dienst für den Verband!

Heran alle Mann!
Alle Mann heran
zum Dienst für den Verband,
zum Dienst für unsern Stand!

Heran an die Lauen,
die Leute ohne Kampfgeist und Selbstvertrauen!
Heran an die Zagen,
die nimmer wagen und immer nur klagen!
Heran an die Scharen,
die gern was nehmen und Beiträge sparen!
Heran an die Massen,
die sich von Schreibern noch gängeln lassen!
Heran an die Vielen,
die lieber Fußball und Karten spielen!
Heran an alle, die nie aufbegehren,
„Es nützt ja doch nichts!“ schwätzen, dulden und
[entbehren].
Heran an alle, die noch träumen
und in die Zeit den Anstich versäumen!
Heran an jene, die den Rücken
in Demut vor den Herren bücken!
Heran an die, die abseits schmollen
und am Tarifpott futtern wollen!
Heran an alle, die noch blind
für ihre eigne Not, ihr eignes Elend sind!
Wer im Verband nicht ist, dient nur dem „Herrn im Haus“
und deutet dreist die Ausgebeuteten noch aus!
Er ist sich selbst ein Feind, ein Diener ohne Recht,
ein selbst sich knechtender Knecht!
Darum heran zum Dienst für den Verband,
zum Dienst für unsern Stand!
Heran alle Mann!
Heran! Heran!

Victor Kallnowski

Länder machen da noch eine größere Ausnahme. Besteht hier und dort bisher oder vorübergehend kein Tarifvertrag, so sind die für die weit überwiegende Zahl der Gehilfen geltenden Bedingungen dennoch auch hier ihre Wirkungen aus, und vielfach ist der Geltungsbereich der größeren Tarife an den äußersten Grenzen so wenig scharf gezogen und aus bekannten Gründen so flüchtig, daß genaue Ziffern schwer zu ermitteln sind.

Die Arbeitszeit ist wieder am kürzesten in Amerika mit wöchentlich 40 bis 44, teils auch noch 48 Stunden. Dann folgt England und Schottland mit 44 bis 46½ und Finnland wieder mit 46½ Stunden. Von sechs Ländern, Dänemark, Deutschland, Holland, Norwegen, Oesterreich und Schweden, wird eine Arbeitszeit von 48 Stunden angegeben. Ungarn berichtet wieder von 50 Stunden, die Schweiz und die Tschechoslowakei von 48 bis 50 Stunden. Die angegebene wöchentliche Arbeitszeit wird erreicht in Amerika durch die in einem größeren Teil der Städte bestehende Fünftageswoche, im übrigen durch die achtstündige tägliche Arbeitszeit. In Deutschland, England, Holland, Oesterreich, Schweden und der Schweiz werden täglich teils 8½ Stunden gearbeitet, um an den Sonnabenden einen früheren Arbeitsstillstand zu erreichen; in der Schweiz sind zum gleichen Zweck mehrfach sogar an den ersten fünf Wochentagen 9 Stunden üblich. Die ermittelten Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeitszeit in den uns nahestehenden Ländern, können demnach als recht gut bezeichnet werden; zeigen sie doch, daß unsere Kollegen in fast allen Ländern im Genusse des Achtstundentages sind. Auch in Deutschland ist für einzelne Städte eine kürzere Wochenarbeitszeit vereinbart; im Gegensatz zu der obligatorischen Bestimmung des Reichstarifvertrages über die 48-Stunden-Woche.

Die Höhe der Stundenlöhne hat sich 1929 gegen das Jahr 1928 nur wenig verändert, einmal, weil

die Währung seit Jahren nun schon überall, von kaum bemerkbaren Schwankungen abgesehen, durchaus stabil geblieben und auch die allgemeine wirtschaftliche und berufliche Lage nirgends eine sprunghafte Entwicklung zuläßt. Immerhin zeigt sich auch diesmal wieder die steigende Tendenz, die freilich nicht immer der Beweis einer verbesserten Lebenshaltung ist. In einzelnen ermittelten wir folgende Stundenlöhne: Es wurden gezahlt in Amerika 1,25 bis 1,75 Dollar (1928 1,25), Dänemark 1,26 Kronen (1,26), Deutschland 1,26 bis 1,40 M (1,20 bis 1,43), England 1,8½ bis 9 d. (1,7½), Finnland 13 Fimmark (13), Holland 0,75 Gulden (0,75), Norwegen 1,55 Kronen (1,48), Oesterreich 1,84 Schilling (1,70), Schweden 1,60 bis 1,70 Kronen (1,60 bis 1,70), in der Schweiz 1,70 bis 1,85 Franken (1,80), in der Tschechoslowakei 5,40 bis 6,40 Kronen (5,40 bis 6,20). (Ungarn hatte für 1928 angegeben 0,80 bis 1,04 Kronen.) Hier handelt es sich zum Teil um Durchschnittsziffern, die in der Wirklichkeit mancherlei Schwankungen aufweisen können.

Es liegt in der Natur unseres Berufes als eines Bau- nebengewerbes, daß man bei Betrachtung der Lohnhöhe gern die Stundenlöhne der Bauarbeiter, vor allem der Maurer, Zimmerer usw., zum Vergleich heranzieht. Und da ist es interessant, festzustellen, daß sich diese in den meisten der uns organisierten nahestehenden Länder in fast gleicher Höhe wie die Löhne im Malergewerbe bewegen und seit der Vorkriegszeit immer mehr zu unsern Gunsten angeklungen haben. Das trifft vor allem für Deutschland und Holland zu. In Dänemark, England, Finnland, Oesterreich, Schweden und der Schweiz erhalten unsere Kollegen höheren Tariflohn als die Maurer, Zimmerer usw.

Bei dem stets angestelltem Vergleich der jetzigen Löhne mit den kurz vor dem Kriege gezahlten, zeigt sich, daß diese um 80 bis teils weit über 100 % gestiegen sind. Wir wiesen schon darauf hin, daß aus den vorliegenden rohen Ziffern schwer festzustellen ist, wieweit sich darin eine Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegenschaft auswirken muß. Auch ein Vergleich mit den in den meisten Ländern laufend herangezogenen amtlichen Jedergziffern ist nicht gut möglich. Spielt bei alledem doch die seit der Vorkriegszeit eingetretene Arbeitszeitverkürzung eine große Rolle mit, ganz abgesehen von den veränderten Kaufkraftbedingungen in den verschiedenen Ländern. Auch eine Verschiebung in dem Verhältnis der Lohnsysteme kann leicht zu Veränderungen der Existenzverhältnisse der direkt und indirekt beteiligten Arbeitergruppen führen.

Ueber die Akkordarbeit haben sich keine nennenswerten Veränderungen feststellen lassen. Es beruhten wieder über viel geleistete oder tariflich bedingte Akkordarbeit Dänemark, Norwegen (für Oslo), Schweden und die Tschechoslowakei; letztere mit Einschränkungen. Wenig Akkord wird nach wie vor in Amerika, Deutschland, Finnland, Holland und Ungarn geleistet; keine Akkordarbeit im Malergewerbe ist zulässig und üblich in England, Oesterreich und der Schweiz. Natürlich ist damit zu rechnen, daß infolge der überall, auch im Malergewerbe — vor allem über die in der Industrie beschäftigten Kollegen des Lackierergewerbes hinweg — sich bemerkbar machenden Entwicklung zu größerer Rationalisierung und Intensivierung die Akkordarbeit sich auch hier weiter verbreiten wird; selbst wenn wir uns dagegen sträuben.

Auf dem Gebiete der Regelung der Gewährung von Ferien im Malergewerbe ist 1929 ein sehr beachtlicher Fortschritt in Holland eingetreten. Dort ist es nach jahrelangem Widerstande der Malermeister unserer Organisation gelungen, auf der Grundlage des bestehenden Landes- tarifvertrages einen gemeinsamen, paritätisch verwalteten Ferienfonds zu schaffen, durch den den Gehilfen alljährlich der Lohn für drei Ferientage und sechs Festtage gewährleistet wird. Sonst hat sich an den bisher bestehenden Verhältnissen nichts geändert, wenn auch nicht zu bezweifeln ist, daß die Durchführung der Ferienbestimmungen in den Ländern, wo solche bestehen, von Jahr zu Jahr Fortschritte macht. Aber auch dort, wo bisher der Kampf wenigstens um einen Anfang auf diesem so wichtigen Gebiete noch nicht erfolgreich war, gewinnt die Idee an Boden. — Ein gesetzlicher Anspruch für Ferien besteht in Oesterreich und der Tschechoslowakei. Tariflich sind Ferien vereinbart in Amerika, Deutschland, Holland, Finn-

land, Norwegen, Schweden (teilweise) und Prag; allerdings, wo kein Landestarif besteht, immer nur für bestimmte Gebiete. — In Amerika sind vielfach 5 bis 6 Tage Ferien üblich, in Deutschland 3 Tage, in Finnland 4 bis 7 Tage usw.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit im Malergewerbe, das in dieser Hinsicht in mehreren Ländern sogar weit schlechter als alle andern Berufe des übrigen Handwerkes gestellt ist, macht eine durchgreifende Regelung der Lehrlingsverhältnisse gerade zu einer Lebensfrage. Und dennoch ist in dieser Hinsicht erst einiges geschehen in Deutschland, England, Finnland, Oesterreich, Schweden und Schottland.

Ebenso ist die Dauer der Lehrzeit nach wie vor recht verschieden und vielfach unvernünftig lang. Sie ist am kürzesten in Amerika, Ungarn und der Schweiz, wo sie 3 Jahre beträgt; in der Tschechoslowakei sind 3 bis 3 1/2 und in Schweden 4 bis 5 Jahre üblich. In Deutschland, Finnland und Holland schwankt die Lehrzeit zwischen 3 und 4 Jahren; in England und Norwegen muß 5 Jahre gelernt werden.

Ueber die Zahl der in Lackereien und Industriebetrieben beschäftigten Lackierer und Maler wurden auch diesmal wieder nur sehr unzureichende Angaben gemacht.

Ueber die Zahl der beteiligten Kollegen an Streiks, Ausperrungen und Lohnbewegungen wurde von Amerika nicht berichtet, weil darüber bei der Zentralleitung des dortigen Verbandes keine genauen Ziffern zur Verfügung stehen. Nach unserer Information haben aber viele tausend Kollegen Lohn- und Tarifbewegungen durchgeschritten. — Von Deutschland, England, Finnland, Oesterreich, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei wurden insgesamt 36 Arbeitskämpfe mit 3356 und von Deutschland, Finnland, Norwegen, Oesterreich, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei 139 Lohnbewegungen mit zusammen 59 412 beteiligten Verbandsmitgliedern gemeldet.

An diesen Ziffern zeigt es sich, daß auch im Jahre 1929 unsere dem Sekretariat angeschlossenen Bruderverbände wieder ihrer vornehmsten Aufgabe: Verbesserung der Arbeitsbedingungen, nachgekommen sind.

Gewerbetammern und Mehraufwand.

Jugendliche Stelle im Freistaat Sachsen, die angeblich jedes Jahr für mindestens 30 000 M. Malerarbeiten auszuführen hat, hat das Bedürfnis auf Herabsetzung der Herstellungskosten für ihre Malerarbeiten. Sie läßt daher an die Industrie- und Handelskammer und an die Gewerbetammer in Dresden einen Brief schreiben, worin dem Handwerk zum Vorwurf gemacht wird, daß es an der großen Arbeitslosigkeit im Handwerk selbst mit Schuld sei, weil es durch eine falsche Preispolitik das Arbeitsvolumen verringere: „seine Einstellung, bei kleinem Umsatz ein Maximum an Verdienst herauszuholen, muß sich zum Nachteil der gesamten Wirtschaft auswirken.“

Jeder, der diese Stellen best, wird damit rechnen, daß um auch des nähern dargelegt wird, wie es um die Preispolitik des Handwerks bestellt ist und welche Vorschläge zu machen sind, um dem Uebel, bei kleinen Umsätzen große Gewinne zu erzielen, entgegenzutreten. Es stellt sich aber sofort heraus, daß es der briefschreibenden Stelle um etwas ganz anderes zu tun ist, als um die Beilegung der Uebergewinne der Malermeister; es geht vielmehr um die Mehraufwandsentschädigung der Malergehilfen bei Ueberlandarbeit.

Es versteht sich ganz von selbst, daß für diese Herrschaften eine Entschädigung von 3,50 M. pro Tag viel zu viel ist, denn es ist nun einmal so, daß diejenigen, deren Aufwandsentschädigungen und Gehälter oft das zwanzigfache dessen betragen, was ein Malergehilfe erhält, am lauffesten über die Begehrlichkeit der Ar-

better schreiben. Wir haben diese Kreise wiederholt kennengelernt, nicht zuletzt bei den Kämpfen um die Arbeitslosenversicherung. Sie betrachten einen Urlaub von sechs bis acht Wochen für sich selbst als eine zwingende Notwendigkeit, während alle erdenklichen Winkelzüge angewendet werden, um dem Arbeiter die paar Tage Ferien streitig zu machen. Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, wenn behauptet wird, daß der Gehilfe bei einer Mehraufwandsentschädigung von 3,50 M. pro Tag Unterkunft und Verpflegung bezahlen kann und seinen gesamten Lohn übrig behält, die er sonst an seinem Domizil zu einem großen Teil für seine Beköstigung verbrauchen müßte. Daß diese Auffassung zum mindesten nicht auf die verheirateten Gehilfen zutrifft, sollte aber selbst die mit wenig Sachkenntnis ausgestattete briefschreibende Stelle wissen; denn die Ausgaben für die Wohnung verringern sich am Domizil nicht und das „Mensa“ des Gehilfen ist meist so, daß eine weitere Einschränkung gar nicht erfahren kann. Der einzige Vorteil besteht darin, daß sich Frau und Kinder eher einmal fassen können, wenn der Vater auf Ueberlandarbeit ist. Man kann nicht 1/4 Pfund Fleisch kochen, wo es bisher nur ein halbes gab.

Mehraufwand hat auch der ledige Gehilfe, wenn auch nicht immer im gleichen Ausmaße wie der Verheiratete. Ganz fällt er wohl nur bei dem Gehilfen weg, der von der Landstraße aus eingestellt wird, also vorher kein Domizil hatte, von dem aus man ihn zur Landarbeit hinschickt. Alle andern Gehilfen verfügen über eine feste Wohnung, die sie dem Meister zuliebe nicht aufgeben können und dafür auch bezahlen müssen, wenn sie einige Zeit auswärts sind. Auch hinsichtlich der Mahlzeiten stehen sie sich an ihrem Wohnort ohne Zweifel besser, Ganz im Gegenteil haben außerhalb die Gehilfen oft mehr Ausgaben, weil sie als Fremde behandelt werden, denen man grundsätzlich mehr abnimmt, als dem Einheimischen. Schließlich gibt es auch Fälle, wo sich der Wirt sozusagen an die Gehilfen schadlos halten will, für den nach seiner Meinung hohen Preis, den ihm der Malermeister für die dem Wirt gelieferten Arbeiten verrechnet.

Mehrausgaben entstehen also für jeden Gehilfen, der von seiner Wohnstätte nach auswärts geschickt wird. Es wäre daher unbillig, diese auf die Gehilfen abwälzen zu wollen, und sei es auch nur zum Teil, wie es der briefschreibenden Stelle vorschwebt, indem pro Stunde 15 S. Zuschlag als Entschädigung mit Uebernachten als angemessen erachtet werden. Das wären pro Tag 1,20 M.

Solch unvernünftige Vorschläge wurden nicht einmal bei der Einführung des RTW gemacht, obwohl damals gerade um die Höhe der Mehraufwandsentschädigung äußerst heftige Kämpfe geführt wurden, wo sie in keinem andern Berufe anzutreffen waren. Im übrigen sind drei Stundenlöhne pro Tag ein Satz, mit dem noch lange nicht aller Mehraufwand bestritten werden kann; denn dieser entfällt nicht nur bei Unterkunft und Verpflegung, sondern aus einer Reihe anderer Anlässe, die eben nur bei der Ueberlandarbeit gegeben sind.

Die Industrie- und Handelskammer und die Gewerbetammer wandten sich nun an die Leitung des Landesverbandes Sachsen des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe mit der Frage, warum so hohe Entschädigungen gezahlt werden, und ohne erst einmal die Antwort des Landesverbandes abzuwarten, machen sich beide Kammern den Vorschlag von 15 S. Zuschlag pro Stunde mit Uebernachten zu eigen. Die Leitung des Landesverbandes begnügt sich der Gewerbetammer gegenüber mit der Klarstellung des Sachverhalts, wogegen auch vom Gehilfenstandpunkt nichts einzuwenden ist. In der Antwort an die Industrie- und Handelskammer sind aber Bemerkungen enthalten, die nicht unwiderprochen bleiben dürfen. Sie zeigen wieder einmal, daß man auf Arbeitgeberseite jede sich bietende Gelegenheit wahrnimmt, um gegen die Unparteilichen Stimmung zu machen. So schreibt zum Beispiel Herr Dahlinger: „Wir unterstreichen voll und ganz die Ansicht, daß hier ein gewisses Unrecht verankert ist. Diejenigen, die uns aber das aufoktroiert haben usw.“ Gemeint ist die auch nach Herrn Dahlingers Auffassung zu hohe Entschädigung, die überall aufoktroiert wurde, wozu

zu bemerken wäre, daß es nicht immer erst eines Schiedspruches bedurfte, um diese Sätze festzulegen, weil ganz allgemein die Auffassung vorhanden ist, daß man nicht unter diesem Satz bleiben kann. Es wäre unseres Erachtens viel richtiger und auch mannhafter gewesen, dies der Industrie- und Handelskammer klar zu machen, anstatt all Schuld auf die Unparteilichen abzuwälzen.

In dem Antwortschreiben heißt es dann weiter: „Das schlimmste ist für den Arbeitgeber bei Landarbeiten noch das eventuell Ueberstunden mit 25 % Zuschlag bezahlt werden müssen. Wir haben jetzt erst im April in Berlin bei den neuen Tarifverhandlungen riesige Kämpfe darüber geführt, die Arbeitszeit bei Landarbeit mehr an die der Landarbeiter anzugleichen. Mit diesem Antrag wurden wir durch den Unparteilichen glatt abgewiesen. Hieraus geht doch deutlich hervor, daß wir an den Verhältnissen nichts ändern können; denn jeder, der heute im Leben steht, wird wissen, daß alles karistisch gerogelt ist, und daß die karistische Regelung immer wieder durch Ausschleichen eines Unparteilichen zustande kommt.“

Hierzu gestatten wir uns folgendes zu bemerken: Für erste ist es nicht richtig, daß jede Ueberstunde mit 25 % Zuschlag zu bezahlen ist, da es für die erste sich an die regelmäßige tägliche Höchstleistungszeit anschließende Stunde nur 15% sind. Es entspricht aber auch nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, daß der Unparteiliche den Antrag der Arbeitgeber, bei Landarbeit die Arbeitszeit mehr den Verhältnissen anzupassen — nicht der Arbeitszeit der Landarbeiter, Herr Dahlinger — glatt abgewiesen habe. Es wurden auch keine heftigen Kämpfe um diesen Antrag geführt. Er ist von den Arbeitgebern zurückgezogen worden, noch bevor sich der Unparteiliche mit den Anträgen zu beschäftigen hatte. Die Zurückziehung erfolgte allerdings auf eine Bemerkung der Gehilfenvertretung hin, daß in bestimmtem Falle eine Anpassung nicht zu umgehen und auch für die Gehilfen von Vorteil sein könne. Wir hatte selbstverständlich dabei im Auge, daß bei einer Ueberstundenzuschlag zu zahlen ist, ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß Anpassung und Verlängerung der Arbeitszeit zweierlei sind. Durch Herrn D. werden wir jetzt eines andern belehrt. Er will somit weniger um die Anpassung zu tun, als um die Einsparung der Ueberstundenzuschläge. Statt acht Stunden zu schlafen pro Tag, wie dies von den Landarbeitern verlangt wird. Wir geben gern zu, daß kaum ein Unparteilicher zu finden sein wird, der solche Praktiken mitmachen würde; denn das hätte zu bedeuten, daß man bei Ueberlandarbeiten auf die Anwendung des RTW verzichtet will. In diesem Falle lag es aber, wie oben gesagt, nicht beim Unparteilichen, daß der Antrag diese Behandlung erfährt. Wir wiederholen daher nochmals, daß es grundverkehrt ist, draußen zu operieren, wie es in diesem Falle geschieht, und zwar nicht nur, weil die Dinge sich anders als dargestellt abgepielt haben, sondern weil es auf die Dauer das Ansehen der vertragsschließenden Organisationen mindern muß, wenn man den Unparteilichen eine Bedeutung zukommen lassen will, die sie niemals gehabt haben und die Träger des Tarifvertrages einschließlich der leitenden Personen zur Ueberbrückung degradiert. Der Tarifgedanke ist so bedeutungsvoll für beide Teile des Malergewerbes, daß man ihn nicht mit solchen Manipulationen aufs Spiel setzen sollte. Gerade die letzten Tarifverhandlungen haben gezeigt, welche bedeutende Rolle die Unparteilichen mitunter zu spielen gezwungen sein können.

Herr Dahlinger wendet sich nun mit folgendem Schreiben an seine Ortsgruppe beziehungsweise die Innungen:

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Anbei senden wir Ihnen Abschrift eines Schreibens der Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerbetammer Dresden. Daraus werden Sie ersehen, daß man sich darüber beschwert, daß die Landzulagen bei auswärtigen Arbeiten zu hoch sind. Wir haben den beiden Kammern die in Abschrift beiliegende Antwort gegeben. Es empfiehlt sich, daß Sie jetzt bei Ausfüllung der Lücken im Reichstarifvertrag in den Ortsstämmern diese Punkte berücksichtigen und die Gehilfen ausdrück-

Auch du möchtest reisen.

Skizze von Erich Grisar.

Die weißen Wände der endlosen Straßenzüge zerpringen vor Hitze. Der Asphalt kocht. Staub frisst sich in alle Poren. Schweiß beißt die Haut wund.

Jetzt in den Wald gehen können. In den kühlen Bach die Füße hängen. Den Kopf in freier Beize läßt heben. Und die Brust weiten in schwelender Luft, die Lied um Lied in die herrliche Welt hinausjubelt. Jetzt frei sein.

Aber da steht die Fabrik. Das riesige Sklavenhaus. Schwarze Säulen, stromt sich der Rauch gegen den Himmel. Gellen Schrei stößt dir die heulende Sirene ins Herz.

Du weißt, daß der Lärm der Fabrik dir das Hirn wie mit heißen Nadeln zerwühlt, spürt die Qualen der Kreuzigung am dem Schädelberg menschlicher Fron, aber du mußt hinein in die Fabrik. Du mußt dich ducken und hören, wie das vergiftete Tor hinter dir zuschlägt und dich trennt von der weiten Straßen, die alle irgendwo in die Welt hinausführen, nach der du dich sehnst.

Du kuschelst und stöhnst in der Gluthitze vor den hohen Oefen und denkst an die lachende Sonne Italiens, die du so gerne sähest, denkst an die kühlen Winde Skandinaviens, denen du dich gerne entgegenwürdest in der Qual dieses Sommers.

Auch du möchtest reisen. Auch du möchtest einmal ein Mensch sein. Wie die andern, für die du fronnst. Wie die andern, die in Stunden das vergehen, was dich für Tage, vielleicht für Wochen frei machen würde.

Aber dich läßt man tiefer hinab in das Werk, wenn du dich hinanziehst. Und während die Sonne höher und höher steigt und dein Durst in die Ferne unerträglich wird, läßt du da im stillen Ätzel und bepackt Waggons mit Werkzeugen, mit kantigen Schrauben oder freudigem Schweiß, knirscht Schie oder knirschendem Eisen. Du ver-

ladest den glänzenden Stahl, daß dir der Schweiß das Hemd näßt, das oftmals dein einziges ist, das du am Abend in das Wasser steckst, um es vom Nachwind trocknen zu lassen, während du auf hartem Lager kurzen Schlaf suchst. Deine Kräfte sammelst für die Fron des nächsten Tages, des übernächsten, des folgenden und so fort. Selbst den Sonntag stiefelst man dir zweimal im Monat. Und niemals ein Ende. Bis einmal die Kraft aller Gequälten die eisernen Tore zerschlägt, die zwischen dich und die Ferne sich drängen. Und der von den Herren der Erde sinnlos vergeudete Ueberfluß deiner Arbeit in die Hand, die ihn schuf, zurückfließt und den Traum aller Schaffenden erfüllt: Straßen zu ziehen, die in die Freiheit führen, Berge zu steigen, die in ewiges Licht ragen, Meere zu sehen, deren Brandung dir das Echo der eigenen unbefiegbaren Kraft entgegenrollt.

Du weißt, daß einmal alles so sein wird, daß einmal das Ziel unserer Sehnsucht erkämpft ist und du schreiest mit frohigem Schritt durch die glühenden Straßen, stampfst den kochenden Asphalt mit deinen Füßen, und wenn du das Fabriktor hinter dir zuschlägst, glaubst du sein Splittern zu hören, und du gehst an die Arbeit wie einer, der weiß, daß die Frucht seines Schweißes ihm nicht entgehen kann. Und das macht dich stark in aller Qual, das macht dich froh in aller Fron.

Der Sparrer.

Jugendwo hatten sie sich getroffen. Das freudige Wiedersehen sollte bei einem Schoppen Bier und einer guten Zigarre gefeiert werden. Im „Weißen Hof“ hielten sie Einkehr. Nach langem gegenseitigen Fragen und Antworten kamen sie nun auf das politische und gewerkschaftliche Gebiet zu sprechen.

Dabei mußte der ältere der beiden Männer die Wahrnehmung machen, daß sich sein Freund Karl in gewerk-

schaftlichen Fragen sehr passiv verhielt. Das mußte wohl einen Grund haben, deswegen stellte er an Karl die Frage, ob er etwa nicht mehr organisiert sei.

Dieser sah seinen Freund Ernst, der ihm in vielen lebenswichtigen Fragen ein Lehrer gewesen war, scheu an, ohne die gestellte Frage sogleich zu beantworten.

Das Zögern seines Freundes machte Ernst stuhig. „Was soll das heißen? Karl, du wirst mir so verlegen!“ meinte Ernst und rückte näher an seinen Freund heran. „Bist du auch einer von den Leuten geworden, die im träben fischen?“ flüsterte er ihm ins Ohr.

Karl nickte stumm. Er schämte sich seines Freundes und wagte nicht aufzublicken.

„Also doch!“ fuhr Ernst auf, doch mähtigte er sich gleich und begehrte den Grund darüber zu wissen.

„Der Beitrag war mir zu hoch!“ kam es kleinklaut von Karls Lippen.

„Zu hoch?“ fragte Ernst und lehnte sich zurück.

Jetzt schien Karl seine Scham niederkämpft zu haben. „Ja, der Beitrag war mir und noch vielen andern zu hoch!“ sprach er frohig. „Uns gehen sowieso genug Abzüge ab, da kann man keinen hohen Beitrag leisten.“

„Der Verband will eben seine Schlagkraft nicht verlieren, sonst hat er seinen Zweck verfehlt!“ belehrte Ernst seinen Freund.

„Mag sein“, gab Karl der Lehre seines Freundes zu. „Aber ich bedinke mich doch sowieso in einer gesicherten Stellung, da bedarf ich gar keines Verbandes. Das Geld, das ich allwöchentlich diesem opfern mußte, spare ich jetzt zugunsten meines Kindes.“

„Sparen!“ wiederholte Ernst nachdenklich. „Wenn es nur regelmäßig dabei bleibt! Ich jedenfalls, halte deine Auffassung für richtig. Es wird die Stunde kommen, wo du es bitter bereuen wirst, ohne den Verband dazustehen, wo du jetzt keine Stütze, keinen Halt mehr hast.“ — Karl nahm sich die Warnung seines Freundes leicht zu Herzen.

lich darauf aufmerksam machen, daß die Kommern sich darüber beschweren, daß die Lohnerhöhungen zu hoch ist und uns aus diesem Grunde mancherlei Arbeit verloren geht. Wir glauben, daß heute die Landjugende mindestens um eine Stunde zurückgesetzt werden könnte, wenn an und für sich zur Zeit die Arbeitsmöglichkeiten oberhalb sind und die Gehilfen einsehen müssen, daß es eine unbillige Härte ist, wenn bei auswärtigen Arbeiten extra drei Stunden Lohn verlangt werden. Wir weisen hier ausdrücklich darauf hin, daß wir in Berlin beantragt haben, man möchte sich bei Landarbeiten mehr an die Arbeitszeit der Landverhältnisse anpassen. Wenn dies geschieht, können die drei Stunden durch Mehrleistung erzwungen werden, aber daß man nicht drei Stunden Lohn verlangt, wofür man absolut nichts leistet; das geht in einer Zeit schwerer, wirtschaftlicher Nöte, in der wir uns heute befinden, nicht mehr.

Wir nehmen an, daß die Gehilfen so viel Einsehen haben werden, und sich dementsprechend fügen.

Mit den besten kollegialen Grüßen
Verband sächsischer Vereinigungen selbständiger Arbeiter
und Arbeiter, E. V.
gezeichnet: A. Dahlinger,
Vorstand.

Wir glauben zwar nicht, daß sich unsere sächsischen Kollegen fügen werden, wie dies am Schlusse so schön charakteristisch ausgesprochen wird, können aber auch da die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es nicht gerade rühmend für einen Landesverband ist, wenn er sich die Gründe für seine tarifpolitischen Maßnahmen von der Gewerbe- bzw. Handelskammer vorschreiben läßt. Das heißt denn doch, daß man um wirklich gute Gründe sehr verlegen ist. Es wäre daher auch richtiger gewesen, nach wie vor den Ortsratsmitgliedern zu überlassen, wie weit sie bei der Festlegung der Entschädigungen gehen wollen. Es ist eine Ungehörigkeit, sondergleichen, einfach dekretieren zu wollen, so und nicht anders wirds gemacht, und die Gehilfen haben sich einfach zu fügen. Es heißt, die Demagogie auf die Spitze getrieben, wenn gesagt wird, daß sich die Gehilfen für Stunden bezahlen lassen, für die sie nichts arbeiten. Herr Dahlinger weiß sehr genau, daß man statt Stundenlöhne auch Reichsmark zahlen kann. Er muß aber auch wissen, daß man mit dem Betrag von zwei Stundenlöhnen pro Tag sein Auskommen nicht finden kann. Wenn er trotzdem ohne Weisungen gibt, so beweist er damit, daß nach seinem Willen den Gehilfen noch mehr Lasten als bisher aufgebürdet und ihnen das Risiko für die Ueberlandarbeiten mehr und mehr zugeschoben werden soll. Unsere Kollegen im Freistaat Sachsen werden sich gegen diese Absichten ganz entschieden zur Wehr setzen und dafür sorgen, daß solche Scharfmacherei gebührend zurückgewiesen wird.

Die soziale Bedeutung und die erzieherischen Aufgaben der Erwerbslosenfreizeiten.

In dem Chaos der Wirtschaftskrisen sind neben den älteren Arbeitslosen in besonderer Maße die jugendlichen Erwerbslosen einer großen Trägheit ausgesetzt. In die Zeit dieser Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr, wie sie in den Erhebungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 15. März 1929 mit über 170 000 Hauptunterstützungsempfänger (davon z. B. 140 000 männliche und circa 31 000 weibliche) angegeben sind, schon außerordentlich hoch, so sind die Berufs- und Lebensschicksale jedes dieser einzelnen zum Teil noch bedeutend trübseliger. Mit welchen Hoffnungen gingen diese jungen Menschen in das Erwerbsleben! Wie vielen mag der Himmel voller Geigen geblieben haben! Und auf einmal: Du darfst nicht mehr arbeiten, Du mußt Dich, sei es auf kürzere oder längere Zeit, in das Heer der Arbeitslosen einreihen!

Es wäre müßig, der Behauptung gegenüber zu treten, wenn von verschiedenen Seiten behauptet wird: Wer arbeiten will, findet auch Arbeit. Die das sagen, waren sicher noch nie in der Lage eines Arbeitslosen, oder sie sa-

gen es nur, um als Schwelger kundzutun, daß sie mit zum oberen Besten derer gehören, die in Deutschland nie alle werden.

An Stelle langatmiger Kritiken mußten praktische Hilfen für die jungen Erwerbslosen einsehen. Andauernde Erwerbslosigkeit zermürbt den Jugendlichen mehr als den Erwachsenen, da er der Umwelt mit all ihren Schlichen und Lockungen leichter zugänglich ist. Hier erwacht zweifellos eine große Gefahr, der vorgebeugt werden muß, soll die Kriminalität bei diesen jungen Menschen nicht noch mehr Brechen schlagen.

Bereits im Herbst 1926 wurde durch das Reichsarbeitsministerium eine Verfügung erlassen, die besagt, daß die einzelnen Länder, Städte und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen sollten, den jugendlichen Erwerbs-

An die noch unorganisierten Kollegen!

Was lehrt Euch das überreiche Flugblatt?

**Steht nicht mehr abseits!
Nehmt Euch ein!
Mit vereinten Kräften
Zum Kampf für unser Ziel!**

los während ihrer Arbeitslosigkeit mit einem Hilfswerk zur Seite zu stehen. Da eine Arbeitsbeschaffung durch die Kommunen, abgesehen von Notstandsarbeiten, wegen Geldmangels nicht in einem für Erwerbslose befriedigendem Umfange einsehen konnte, ging man dazu über, sogenannte Erwerbslosenfreizeiten zu errichten. Sie verfolgten den Zweck, die jungen Erwerbslosen in Kursen von zwei bis drei Wochen zusammenzufassen. Sie sollen herausgehoben werden aus dem täglichen Einzelsein, um wieder einmal auf andere Gedanken zu kommen. Und in der Tat: Der Anfang ist gemacht, wenn auch manche größere Städte bereits eine stattliche Anzahl von Jugendlichen auf diese Art befreit haben. Bei diesen Freizeiten gibt es zunächst, die am längsten von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen — getrennt in Jungen- und Mädchenkursen — zusammenzufassen, um dann, möglichst weit von der Stadt entfernt, in einem Jugendheim oder Jugendherberge für mehrere Wochen eine Weile aufzuschlagen. Ins Werk wurde dieses Unternehmen auf Grund oben erwähnter Verfügung durch die staatlichen Bezirksjugendpflegerstellen und städtischen Jugendämter in Verbindung mit den Arbeitsämtern gesetzt. Schwierigkeiten ergaben sich mannigfaltig durch die Auswahl der Jugendlichen. Ein günstiges Zeichen war es immerhin, neben den Jugendlichen, die gewerkschaftlich, politisch und sportlich organisiert waren, vor allen Dingen solche zu nehmen, die besondere Schwierigkeiten machten. Bei diesen Freizeiten konnte man dann immer wieder beobachten, welche erzieherischen Aufgaben die Gewerkschaften durch ihre Jugendorganisationen gestellt haben und wie wirksam sie werden. So konnten diejenigen, die sich bisher noch zu keiner Gemeinschaft entschließen konnten, ins Schleppland genommen werden, und ein großer Teil konnte aus diesen Freizeiten lernen.

Was verfolgen die Freizeiten? Sie wollen den Jugendlichen einerseits einmal wieder in eine gewisse Ordnung bringen, andererseits sollen sie ihm Anregung zum Schaffen geben. In dieser Gesetzmäßigkeit liegt eine große erzieherische Aufgabe. Jeden Morgen, vielleicht um 6 1/2 oder 7 Uhr aufstehen, eine halbe Stunde Gymnastik oder Sport, dann Brausebad; Ankleiden und Bekkenmachen ist eine heilsame Medizin für die jungen Menschen, die so etwas nicht gewohnt sind. Durch besonders ausgewählte Jugendleiter und -pfleger, wie Lehrer, wurde dann der Tagesablauf fortgesetzt. Allgemeine Kenntnisse wurden aufgefrischt, auf diesem oder jenem Gebiete wurde ganz besonders nachgeholfen und so wurden alle mitgerissen, ob sie wollten oder

nicht. Vom Erziehungspunkt gilt es, eine wichtige Aufgabe zu lösen. Der besondere Wert dieser Kurse liegt darin, die durch Erwerbslosigkeit Niedergedrückten wieder aufzurichten, damit sie den Glauben an sich selbst nicht verlieren und auch wieder einmal an ihre Umwelt denken. Wer selbst einmal arbeitslos war, kann es spüren, daß man sich „ausgestoßen“ fühlt. Neben sportlicher Betätigung wurde dann auch gebastelt, Rechnen und Deutsch, Wirtschaftsgeographie und Berufskunde betrieben. Durch gemeinsame Ausarbeitung von Gedanken wurde das Gemeinschaftsgefühl geweckt und man lernte sich auch menschlich näher kennen. Man konnte sehr Herz ausschütten und der Jugendliche lernte denn auch wieder einmal Mensch zu sein. Durch gemeinsame Wanderungen, durch Betriebsbesichtigungen stießen die Schranken ganz und man bedauerte nur, daß diese Kurse zu kurz seien.

Vor allen Dingen wurde bei diesen Kursen Wert auf gutes und reichliches Essen gelegt, denn was die Jungen und Mädchen da geboten bekamen, konnte der elterliche Haushalt bestimmt nicht geben. Und wie gut tat eine richtige Kost manchem dieser jungen Menschen! Gewichtszunahmen waren durchweg zu verzeichnen. Welche Generation wächst heran, die unterernährt, früher oder später doch wieder in den Arbeitsprozess tritt. Solche Einrichtungen sind der erste Schritt, um den größten Schwierigkeiten bei den jugendlichen Erwerbslosen zu begegnen. Daß die Jugendlichen selbst die ersten sind, die solche Kurse anerkennen, geht hervor aus Briefen, die sie schrieben:

„Wie habe ich mich gefreut, zu lernen und gut essen zu können. Würde doch so etwas nur länger dauern.“

Aus einer mitteldeutschen Großstadt einige Briefe:
„Es ist nun schade, daß es wieder nach Hause geht. Wenn ich daran denke, wie fröhlich und voller wenig Hoffnung mein Leben wieder wird, so könnte ich heulen. Keine Hoffnung auf Arbeit. O, wie würde ich glücklich sein, wenn ich wieder einmal Geld verdienen könnte. Nun ist die schöne Drei-Wochen-Freizeit vorüber und das traurige Dasein nimmt seinen Fortgang.“

Ein anderer schreibt:
„Leider sind die paar Wochen nur zu kurz und mit Frauen geht man wieder in die Großstadt zurück. Denn dort erwartet uns wieder das Erwerbslosensein. Mancher würde mit Freuden zurückkehren, wenn ihm Gelegenheit zur Ausführung seines Berufes geboten würde.“

Ein Zwanzigjähriger:
„Von zu Hause bin ich keine so gute Kost gewöhnt, wie es hier gibt, so daß ich mich erst daran gewöhnen mußte. Auch die Schlafstätten sind wundervoll, so daß man frisch nicht raus will.“

Wenn es in der Nacht der Arbeitsämter stünde, würde man diese Jugendlichen zuerst in Arbeit vermitteln. Da dem in vollem Umfange nicht nachgegeben werden kann, müssen solche Freizeiten noch viel häufiger einsehen. Finanziert werden die Kurse dadurch, daß der teilnehmende Jugendliche ungefähr die Hälfte seiner ihm zustehenden Unterstützung abgibt. Den übrigen Teil der Unterhaltungskosten tragen allerdings Staat und Kommunen. Diese Summen sind aber gut angelegt.

Die Arbeitsbeschaffungsstellen in den Verwaltungsbüros der Arbeits- und Wohlfahrtsämter müssen sich für die Einsetzung solcher Freizeitbewegungen besonders einsetzen. Es geht um die geistige und körperliche Entwicklung der kommenden Arbeitergeneration! W. T i e m e r.

Reorganisation des F. G. S.

Nachdem England und Schweden den Antrag stellen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wieder nach Berlin zu verlegen, kann wohl mit der Annahme dieses Antrages gerechnet werden. Wenn es auch vielleicht verfrüht ist, rückblickend die Amsterdamer Periode zu betrachten, so ist es an der Zeit, die notwendigen Reorganisationsarbeiten vorzubereiten.

Die Amsterdamer Epoche war, besonders in den ersten Jahren, einer großartigen Propaganda gewidmet, behindert durch die bolschewistische Spaltung, begünstigt durch die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation. Gleich-

„Dah!“ prahlte er. „Ich habe trotz jahrelanger Zugehörigkeit zum Verband diesen nie zu Unterstützungen gebraucht, ich war weder krank noch arbeitslos!“

„Da kannst du von Glück sagen,“ meinte Ernst.

„Wie man es nimmt!“ gab Karl spöttisch zurück. „Ich bin der Meinung, wer seine Arbeit zur Zufriedenheit des Arbeitgebers leistet, hat stets dauernde Stellung und guten Lohn, für den ich der Verband Luxus, und das Geld, was er diesem jährlich schenkt, kann er für sich nützlicher anwenden.“

„Durch's Sparen!“ höhnte Ernst, der an der Besinnung seines früheren Freundes gar keinen Gefallen mehr fand.

„Ist das noch mein Freund Karl, der früher so ruhig und überlegen handelte?“ so fragte er sich und mußte gestehen, daß dieser sich tatsächlich so geändert hatte.

„Geben wir,“ sagte er, seinen Aerger verbergend. Er zahlte die Sache für Karl mit.

An einer Straßenecke blieben sie stehen. Ernst würgte nach Worten. Es war ihm unfaßbar, daß Karl sich so geändert hatte.

„Ich bedaure sehr deinen Entschluß, den du damals ausgeführt hast, von Herzen, Karl! Freund! Die Zeit kommt — du lachst — aber sie wird kommen, wo du wieder zur Besinnung gelangen wirst“, sprach Ernst nach einer schweren Pause.

„Mag sie kommen, — oder mag sie nicht kommen, gleichviel! Ich spare mir selbst den Verbandsbeitrag, da bin ich gegen das Unglück gefeit! Der Verband zahlt das nicht heraus, was man in langen Jahren hineingezahlt hat,“ gab Karl hochmütig zur Antwort.

„Wenn du so denkst, wenn du zu jener Gruppe von Menschen gehörst, die da nur immer fragen: was zahle ich ein und was bekomme ich heraus, dann — dann, mein Freund, kannst du mir leid tun! Du überlegst dir aber nicht, daß es die Organisation ist, die die Lohn- und

Urlaubsfrage regelt, auf die ihr Indifferenten gar keinen Anspruch von Rechts wegen hättet, wohl aber fordert. Ernten wollt ihr, aber nicht säen. Ihr bildet eine Klasse für euch, die die Verachtung der gesamten, reichlich denkenden Menschheit wert wäre!“

Ueber Karls Mundwinkel glitt ein Lächeln.

„Karl, lache nicht! Du wirst meiner Mahnungen gedenken!“ Mit diesen Worten verabschiedete Ernst sich von seinem einstigen Freunde. Beide gingen nun verschiedene Wege.

Tatsächlich hatte sich Karl von dem Gelde, das er sonst dem Verbandsbeitrag gegeben hatte, eine Summe zusammengespart, und er freute sich des Geldbetrages, den der Verband sonst „geschluckt“ hätte.

„Ja, nun soll mal mein Freund Ernst kommen und behaupten, man käme nicht zum Sparen“ rief er beim Geldzählen voll Uebermut.

Da erkrankte sein Töchterchen und nachdem dieses genesen, bald darauf seine Frau. Diese Krankheit dauerte Monate und zehrte dabei den ersparten Verbandsbeitrag auf.

Zu seinem Unglück kamen jetzt auch noch wirtschaftliche Kämpfe. Für die Notlage der Arbeiter und die Berechtigung der Lohnerböhung fanden die Unternehmer kein Verständnis. Sie sperrten die Arbeiter einfach aus und überließen sie der Straße. Karl, der achtzehn Jahre seinem Brotherrn treu gedient hatte, mußte auch die Willkür des Unternehmers spüren, auch er stand draußen auf der Straße. Seit Wochen ohne Verdienst! — Ohne Geld! — Das Elend für die Indifferenten war da! Karl stierte daheim die vier Wände an, umherspähend, ob nichts Ueberflüssiges wäre, was zum Verkaufen sei. Geld brauchte er! Geld! Und er wollte als „Sparer“ gegen solch ein Unglück gefeit sein. Voll Bitterkeit sah er, wie Hunderte von Menschen eine ansehnliche Summe von ihrer Organi-

zation erhielten, die eine schöne Hilfe jetzt war. Jetzt sah Karl den Fehler ein, den er damals durch den Austritt begangen hatte. Er schlug sich an die Stirn. „Ich blöder Narr,“ rief er, „ich baute auf die Güte und auf das Verständnis des Chefs. Was habe ich nun? Und wo sind meine ersparten Groschen?“

„Aufgezehrt — aufgezehrt,“ das rief er sich selber zu. In dieser Not befechtete ihn nun sein damaliger Freund Ernst, der von der Aussperrung Kenntnis hatte.

„Da hast du es!“ sagte dieser. „Jetzt kommt die Stunde der Reue. Hoffentlich bist du eines Besseren belehrt worden.“

„Das bin ich in der Tat,“ jammerte Karl, seinen Freund mit bitteren Augen betrachtend.

„Ich weiß, an was es dir fehlt, ich verstehe deinen Blick,“ sprach Ernst, „wenn du mir versprichst, dich wieder zu organisieren, so will ich dir mit einer Geldsumme, die du mir ratenweise zurückzahlen kannst — gushelfen. Bist du dazu bereit?“

„Ja!“ versicherte Karl, der alsdann erfuhr und zugleich beschämend den geliehenen Geldbetrag einstrich.

Wie zu einem Gelöbnis sprach er die Worte:
„Ich weiß es nun, die größte Stütze in der Not ist die Organisation. Und wenn es auch wenig wäre, was man erhält, man hat ein starkes Rückgrat. Ihr will ich mich nun wieder zuwenden und ein förderndes Mitglied sein, denn ich habe in meiner Not erst den Zweck erkannt!“

Und Karl hatte sein Wort gehalten.

Wenn wieder einmal ein Verbandskollege glaube, des hohen Beitrages wegen dem Verbands den Rücken kehren zu müssen, so schilderte Karl ihm seine damalige Notlage und den so schwer bezahlten Irrtum.

Das genügte.
Und er zahlte gern und freudig den Beitrag, ohne zu murren.
Alfred Hüpperl.

Nur fortwährendes Werben und Wirken für unseren Verband

zeitig hat aber auch der IGB. befruchtend und anfeuernd auf Genf gewirkt. Niemand wird behaupten, daß der Erfolg der Propaganda in einem entsprechenden Verhältnis zu dem Aufwand stand. Die überseeischen Länder — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — stehen dem IGB. noch immer fern, so Amerika und Australien, Asien ist für den IGB. so gut wie unerforschtes Land.

Die Ursachen dieses Mißerfolgs sind nicht schwer zu ermitteln. Europa — und heute ist der IGB. im Wesen nach eine europäische Organisation — hat viel von seinem Prestige und seiner Anziehungskraft eingebüßt. Asien, Amerika, Australien sind nicht mehr „Provinz“ im Verhältnis zu Europa der Metropole. Sie haben sich geistig und wirtschaftlich selbständig gemacht. Unsere Ideologie ist ihnen nicht geläufig und die Übereinstimmung der wirtschaftlichen Interessen erscheint ihnen nicht zwingend genug. Was der IGB. ihnen zu bieten hat, ist zu wenig, um sie zum Anschluß zu veranlassen.

Hier liegen die Ursachen des Mißerfolgs. Sie zu beheben, muß die nächste Aufgabe sein.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der IGB. nicht von der Idee, sondern von der Praxis ausgehen muß. Die Praxis ist die fortschreitende internationale Verflechtung der Kartelle und Trusts, des Bankkapitals, des Handels und der Industrie, die immer größere Abhängigkeit des sozialpolitischen Fortschritts in einem Lande von dem sozialpolitischen Fortschritt in der ganzen Welt. Hier muß der IGB. einhaken.

Es liegt auf der Hand, daß das Studium und die Förderung der internationalen Sozialpolitik, die Durchleuchtung der kapitalistischen Wirtschaft, die Herausstellung der Ursachen und Folgen der Rationalisierung und ihre Wechselwirkung auf die Wirtschaft und auf die Gewerkschaften der verschiedenen Länder und Erdteile, nicht im Nebenamt gemacht werden können, neben der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, die der IGB. zu leisten hat.

Hier muß bei der Reorganisation des IGB. eingegriffen werden. Man hat den aufgeschwollenen Propagandaapparat des IGB. feinerzeit abgebaut, ohne ihn durch eine bessere Organisation zu ersetzen. Die Sitzverlegung, längst notwendig, jetzt endlich möglich, wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Entsprechend seinen äußeren Aufgaben, muß auch die innere Organisation des IGB. aufgebaut sein. Neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Abteilung ist eine Abteilung für Sozialpolitik und eine Abteilung für Wirtschaftspolitik einzurichten. Der sozialpolitischen Abteilung fallen alle Fragen zu, die die internationale Arbeitsorganisation behandelt oder zu behandeln hat, soweit es die eigentlichen sozialpolitischen Maßnahmen betrifft. (Sozialversicherung, Sozialhygiene, Arbeitschutz, Arbeitszeitregelung). Es ist notwendig, daß der IGB. wieder führend, fördernd und anfeuernd in Genf wirkt.

Die Wirtschaftsabteilung soll nicht nur eine Forschungsstelle sein, die das ungeheure Material über die jüngsten Entwicklungsstufen des Kapitalismus sichtet, soweit es in den verschiedenen Ländern greifbar ist. Die Wirtschaftsabteilung muß mit Hilfe der Landeszentrale eventuell selbst Erhebungen anstellen, in enger Verbindung mit den Genossenschaften bleiben und das gesichtete Material publizistisch und propagandistisch verwenden. Richtig geleitet werden diese beiden Abteilungen eine ungleich stärkere Anziehungskraft auf die uns noch fernstehenden Organisationen ausüben, als es alle Delegationen und Solidaritätserkundungen vermögen.

Schließlich brauchen die europäischen Arbeiter in mindestens ebensolchem Maße die Durchleuchtung der Wirtschaft wie die Arbeiterchaft Amerikas oder Asiens. Es ist ein glückliches Zusammentreffen von Umständen, das zu der gleichen Entwicklung in der ganzen Welt geführt hat. Das Interesse der Arbeiterchaft der ganzen Welt und das des IGB. gebietet es gleichermaßen, daß diese Entwicklungsstufe, die Rationalisierung, die Arbeiterchaft nicht nur bindet, sondern auch verbindet und damit freimacht. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern und deren Einflüsse auf einen gemeinsamen Feind die Voraussetzung des Gelingens ist. Das gleiche gilt von der Sozialpolitik. Wenn es die Unternehmer hier auch leichter haben, weil sie sich alle im Einklang von vornherein ablehnend verhalten, das geschlossene und immer erfolgreichere Auftreten der Unternehmer in Genf kann dem IGB. als Vorbild dienen.

Es ist eine durch die Tatsachen längst überholte Maxime, daß das Proletariat international, die Besitzenden aber national seien. Nur ganz vorübergehend, in einem gewissen Entwicklungsstadium des Kapitalismus, waren die Besitzenden national. Nur die Schichten von Bildung ohne Besitz sind national und selbst nationalisiert und das Proletariat ist nur zu leicht geneigt, dieser Schicht zu folgen. Die Besitzenden aber sind wie der Besitz international. Heute hat der kapitalistische Besitz längst alle Grenzen der Länder und Erdteile überschritten. Gegenüber dieser Entwicklung ist die Arbeiterchaft, besonders aber ihre wirtschaftliche Interessensvertretung ins Hintertreffen geraten. Es muß alles daran gesetzt werden, um den Vorprung, den das Unternehmertum genommen hat, wieder aufzuholen.

J. Steiner-Julien.

Die erste Krise im Kapitalismus.

Von Walter Ludwig, Breslau.

Die kapitalistische Wirtschaft wird gegenwärtig durch eine Krise von gewaltigem Ausmaß erschüttert. In den verschiedenen kapitalistischen Ländern — England, Amerika, Deutschland — wachst die Heere der Arbeitslosen von Tag zu Tag stärker an. Längst ist dies keine Saisonerscheinung mehr, sondern eine schreckliche periodische Krisenerscheinung geworden. Die Krise ist immer mehr permanenten Charakter angenommen und zu Zeiten etwas ab, aber verschwindet nie ganz. Die kapitalistische Wirtschaftsbildung...

Die bange Frage mancher Arbeiters nach der Zukunft führt seinen Blick zurück zu den früheren Epochen dieser Wirtschaftsordnung. War es schon immer so? Wie entstanden früher Krisen? Wie lange hielten sie an? Fragen, die sich der denkende Arbeiter immer und immer wieder vorlegt und die hinführen zu dem innersten Wesen dieser Wirtschaft überhaupt.

Die Krise ist dem Kapitalismus immanent innewohnend; die kapitalistische Wirtschaft muß ihrer ganzen Struktur nach immer eine Krisenwirtschaft sein. Wenn es auch in früheren vorkapitalistischen Wirtschaften, zu Störungen des Wirtschaftslebens gekommen ist, so lagen diese außerhalb der Wirtschaft begründet. Kriege, Missernten, Seuchen und ähnliche Ereignisse zerstörten die Produktion auf gewisse Zeiten. Die kapitalistische Wirtschaft ist eine planlose. Sie kennt keinerlei Maßstab, an dem sich das wirkliche Bedürfnis nach einer Ware ausrichten kann. Es gibt keinen einheitlichen Markt für die Regelung der Produktion. In viele selbständige, gegeneinander wirtschaftende Produzenten, ist selbst noch die heutige Wirtschaft zerteilt.

Dann aber zwingt — und das ist die eigentliche Krisenursache schon immer gewesen — der Mechanismus dieser Wirtschaft zu einer ständigen Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses, das heißt zur Sicherung des Mehrwerts muß immer der Druck einer latenten oder tatsächlich bestehenden Reservearmee vorhanden sein, oder wie sich ein bekannter Nationalökonom einmal ausdrückte: „Zwei Gesellen müssen immer einem Meister nachlaufen.“ Das muß zu einer ständigen höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals oder in der uns geläufigeren Sprache, zu einer fortwährenden Rationalisierung führen. Was wir all die letzten Jahre so bitter als Rationalisierungsprozess empfunden haben, jene fortschreitende Produktivität der Arbeit und die damit verbundene Freisetzung von Arbeitern war schon von Anfang des Kapitalismus vorhanden und mußte sich nach einer Zeit des Krieges, wo dieser Prozess auf mehrere Jahre hindurch unterbrochen wurde, besonders stark bemerkbar machen.

Ingleich aber entsteht durch einen solchen Vorgang der Steigerung der Produktion eine Ueberproduktion, die zu einer ständigen Erweiterung des Marktes zwingt. Der schon durch die Rationalisierung erfolgte Druck auf das Wirtschaftsleben wird durch die geringe Verwertung der überflüssigen Produkte unerträglich. Die Krise ist da. Nachdem oft jahrelang ein solcher Zustand herrschte und durch Stilllegung und Arbeitslosigkeit eine bedeutende Einschränkung der Produktion erfolgte, steigert sich allmählich wieder der Bedarf, hebt sich die Kaufkraft und die Produktion wird wieder lebhafter. Der Schnittpunkt zwischen Prosperität und Depression war die Krise.

England war das erste und klassische Land des Kapitalismus. In seiner Wirtschaft läßt sich darum am allerbesten der Ablauf der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit wahrnehmen. Hier erlebte man die rasche Entwicklung des aufstrebenden Kapitalismus, von hier aus trat die neue Wirtschaftsordnung ihren „Siegelauf“ in alle Welt an und hier zeigte sich auch zu allererst die ganze Bräutlichkeit des neuen Systems. Hier tobten zuerst die großen furchtbaren und menschenmordenden ökonomischen Krisen.

Allerdings schien es so, als ob sich in den ersten Jahren dieser Wirtschaftsform sich alles reibungslos entwickeln würde. Die Zusammensetzung des Kapitals entsprach im allgemeinen der Nachfrage nach Arbeit. Durch Verteilung der Steuern von ihrem Landbesitz sicherte man sich zunächst die notwendige Anzahl der „freien“ Arbeiter. Auch die sich erst langsam entwickelnde Technik verhinderte eine sprunghafte und allzu rasche Ausdehnung der Produktion, die zu eventuellen Rückschlägen hätte führen können. Dann aber war der Markt in noch reichlichem Maße aufnahmefähig, zumal eine starke Ausfuhr nach den neu erworbenen Kolonien erfolgte. Erst als diese ausländischen Märkte mit Waren — vorwiegend mit Textilien — überflüllt waren und auch der innere Markt nicht mehr aufnahmefähig war, kam es im Jahre 1825 zur ersten großen Krise des Kapitalismus. Die Produktion mußte abgestopft, Betriebe stillgelegt, Belegschaften entlassen werden. Grausames Elend und bittere Not war die Folge.

Die erste Krise des Kapitalismus war gleichzeitig die schlimmste. Trotz der vorhergehenden Prosperität wurden — es gab ja noch keine Organisationen der Arbeiterklasse, die als Preisstecher für die Arbeiterklasse in Frage kamen — die schlechtesten Löhne gezahlt. Der Arbeiterlohn in der damaligen Zeit stellte das kärgste Existenzminimum dar, das lediglich zur Wiederherstellung der Arbeitskraft ausreichte. An Ersparnisse für Notzeiten war also nicht zu denken gewesen. Ihre Notlage aber mußte sich in Notzeiten um so mehr verschärfen, als es ja damals noch keinerlei Sozialversicherung gab. Der Krieg aller gegen alle war in dieser Krise entsetzt. Konkurrierte sich bisher nur der Kapitalist untereinander, so sah auch jetzt der Arbeiter seinen Kollegen, der nach Arbeit nachfragt, als Konkurrenten an. Einer versuchte den andern zu verdrängen und sich an seine Stelle zu setzen. Gab es doch damals noch keinen geregelten Arbeitsmarkt und die „Umschau“ war das einzige Mittel, sich Arbeit zu verschaffen.

Fast ganz London, wie auch die übrigen, schon damals recht bedeutenden Industriestädte waren zu dieser Zeit große Elendsbezirke. In schmutzigen Kellerlöchern kampierte und hungerte man mit den Ratten, Abfälle waren oft die einzige Nahrung. Seuchen, Massensterben und Verbrechen waren die Folgen. War es ein Wunder, wenn unter solchen Zuständen die Arbeiterchaft zur primitivsten Rebellion überging und ihre Wut sich zunächst gegen die Maschinen richtete, die sie als Hauptursache ihrer großen Not ansahen? Erst als man sah, daß dieses Mittel nicht helfen konnte und allmählich die wahren Ursachen erkannte, richtete sich ihr Kampf gegen die Gesellschaftsordnung. Da aber noch die führende und zielsichere Organisation fehlte, äußerte sich dieser Kampf im revolutionären Charakter. Wohl ist bereits in dieser Zeit mehrmals versucht worden, sich zu einer größeren Organisation zu

verbinden, doch konnten diese „Assoziationen“, in außerordentlich schlimmen Zeiten begründet, nicht lange zusammenhalten und sich Geltung verschaffen. Sie verschwanden bald wieder.

Auch die erste große Krise von 1825 ging vorüber. Bereits 1827 trat eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein und in den kommenden Jahren gab es wieder gesteigerte Ausfuhr, besonders nach den neu erschlossenen Märkten Indiens. Aber die erste Krise des Kapitalismus legte den Keim zu weiteren Krisen, durch sie mußte die Anfälligkeit zu Krisen überhaupt zunehmen. Ein jeder Unternehmer will nach einer Krise wieder einholen, was er in Krisenzeiten weniger verdiente. Maßlos wird darum wieder die Produktion gesteigert und bald sind Märkte und Läger wieder überflüllt. Eine neue Krise ist da und das alte Wechselspiel in der der Kapitalist nur relativ, der Arbeiter aber alles verliert, beginnt von neuem. Bis auf den heutigen Tag sehen wir diese Periodizität der Krisen. Eine Krise folgt heute wieder mit besonderer Heftigkeit und wird in Zukunft durch den sich immer mehr verengenden Arbeitsmarkt noch stärker an Heftigkeit zunehmen, bis die organisierte und zu einem geschlossenen Willen geeinte Arbeiterchaft dieses Wirtschaftssystem und damit die Wirtschaftskrisen für alle Zeiten beseitigen wird.

Die Buße.

Nach Wilhelm Busch's bekanntem Gedicht ist die „Buße“ ein Raum, der zur Aufbewahrung dient von allerlei „Kram, der zu nichts nützt“. Wenn die Buße, in großen Teilen Norddeutschlands auch unter dem Namen „Alkoven“ bekannt, nur zu diesem Zweck verwandt würde, bräuhete wohl nicht der heftige Kampf gegen sie geführt zu werden, den Wohlfahrts- und Gesundheitsbehörden gegen sie führen müssen. Die Buße, ein Raum ohne Licht und Luft, mit einem Fußboden aus gestampftem Lehm, dient Tausenden von Proletariatsfamilien als Wohn- und Schlafraum!

Wer so eine Buße nicht kennt, kann nicht ermessen, welche ungeheure Tragik in dieser Feststellung liegt. Gewöhnlich sieht es mit der Buße so aus:

Von der Wohnküche geht ohne trennende Zwischenwand — wie ein Blindarm — ein schmaler, niedriger Raum ab. Er hat keine Lüftungsvorrichtungen und keine Fenster, durch die ein Lichtstrahl eindringen könnte. Tagsüber wird er durch einen Bretterverschlag oder durch einen Vorhang von der Küche abgetrennt; er ist dadurch wohl den Augen entzogen, aber die Ruchendünste finden den Weg in dieses Loch und setzen sich an den Wänden ab. Da auch meist die Viehsäcke an die Buße grenzen, sind die Wände feucht von den Abwässern der Ställe und strömen einen ekelstößenden Gestank aus. Ein Fußboden ist vollständig unbekannt. Die Bodenfläche besteht aus gestampftem Lehm und ist auch meistens feucht.

Das ist das Schlafgemach so vieler Proletariatsfamilien! Enggedrängt stehen die Betten in der Buße, oft ohne genügendes Bettzeug, oft die Bettstelle nur mit Stroh gefüllt, oft mit einem haufen Lumpen. Betten und Bettzeug sind durch den Ruchendampf immer feucht. Die Reinigung des Raumes ist bei der darin herrschenden Dunkelheit beinahe unmöglich. Unter den Betten und in den Ecken sammeln sich deswegen der Schmutz und bietet dem Ungeziefer und allerlei Krankheitskeimen willkommenen Unterschlupf. So findet man es in Pommern, so findet man es in Mecklenburg, so findet man es in der Grenzmark und in Ostpreußen. Noch schlimmer sieht es im Emisland im Regierungsbezirk Danabück aus, wo die Bußen schrankartig in die Wand eingebaute sind und wo zwei oder drei Betten übereinanderstehen.

In den Jahren 1875 bis 1891 wurde in Preußen eine umfangreiche Tuberkulosestatistik durchgeführt. Während der preussische Durchschnitt 12 Prozent aller Todesfälle auf die Tuberkulose zurückzuführen, wurden in den Emislandkreisen Aschendorf, Hümming und Neppen 30 Prozent der Todesfälle durch Tuberkulose verursacht. Und den weitaus größten Anteil an dieser ungeheuren Zahl hat die „Buße“ auf dem Gewissen, gegen die nun mit allen Mitteln vorgegangen wird. Im Jahre 1925 soll es allein im Regierungsbezirk Danabück noch vier- bis fünftausend Schlafbußen gegeben haben. Die gegen diesen Kulturskandal von der Regierung und der Landesversicherungsanstalt in Gemeinschaft mit den Kommunen eingeleitete Aktion hat wohl die Zahl der „Bußen“ vermindert, ganz ausgerottet sind sie aber noch nicht. Es gibt gegen sie nur ein Radikalmittel: Die alten Bußenhäuser niederzureißen und hygienisch einwandfreie Wohnungen zu bauen. In einigen Gemeinden, zum Beispiel in Ost-Löhden im Kreise Hümming, ist das auch geschehen. Aber bei der katastrophalen Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist das ein recht zweischneidiges Schwert, bei dessen Handhabung man vorsichtig sein muß!

So ist die Buße eben mehr als nur ein besonders unhygienischer Raum; sie ist Anklage gegen das alte System; sie ist aber auch Aufruf und Verpflichtung, beim Bauen neuer Wohnungen den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und für ihn, nur für ihn zu schaffen!

Hansotto Löggow.

Steilabstimmungen bei Malern.

Von Dr. W. Schweisheimer.

Ein Maler kann eines Tages die Hand im Handgelenk nicht mehr strecken. Am vorhergehenden Tag war die Hand noch ganz in Ordnung, so erzählt er, er war sehr müde, ist abends auf seinem Stuhl eingeschlafen, beim Erwachen hat er einen Schmerz in der rechten Achselhöhle gespürt. Der Schmerz verging rasch, aber die Hand konnte und kann nicht gehoben werden; er kann sie wohl mit der andern Hand aufheben, so daß man sieht, das Gelenk ist

erhöht seine Stärke und fördert seinen Einfluß!

in Ordnung, doch selbständig, mit dem Willen, kann er die Hand nicht in die Höhe bringen. Sie ist gelähmt.

Wie kann nun so plötzlich eine so schwere Erscheinung auftreten? Sicher ist folgendes: Während der übermüdete Mann auf seinem Stuhl eingeschlafen ist, hat die Leine des Stuhles auf seine Achselhöhle gedrückt und im Innern der Achselhöhle auf das große Bündel von Artnerven, das dort durchläuft. Den Schmerz, der dabei eigentlich auftreten muß, hat er nicht verspürt, weil er zu müde war und zu tief eingeschlafen ist. So konnte die Schädigung länger einwirken. Aber vielleicht hätte selbst dadurch noch keine nachhaltige Lähmung eintreten müssen, wenn nicht die Nerven dieses Mannes ohnehin schon etwas in ihrer Widerstandskraft herabgesetzt gewesen wären: durch ständige Meiaufnahme nämlich, der sich der Maler in seiner Berufstätigkeit zum Teil unvorsichtig ausgesetzt hatte. Dadurch war der Boden für Erwerbung einer dauernden Nervenschädigung vorbereitet, und eine Verletzung, ein heftiger Druck, eine Vergiftung oder Infektionskrankheit konnte die Lähmung von einem Tag zum andern auftreten lassen.

Das Blei hat eine ausgesprochene Vorliebe für die Nerven. Sehr häufig gehen andere Zeichen einer chronischen Bleivergiftung voraus, etwa Anfälle von Darmkoliken, aber das ist nicht nötig. Wie erklärt sich eine solche Lähmung? In jedem Muskel laufen vom zentralen Nervensystem, dem Gehirn und Rückenmark aus, Nerven; sie übermitteln den Willen des Gehirns und veranlassen dadurch Bewegungen. Ein Mann denkt sich beispielsweise: ich will die Hand heben. Im gleichen Augenblick geht ein Befehl vom Gehirn durch die Bewegungsnerven zu den Muskeln der Hand (wie durch eine Telegraphenleitung) und sofort ziehen sich die Muskeln an Hand und Arm in der richtigen Weise zusammen, um die gewünschte Bewegung herbeizuführen.

Nun kann jedoch diese Telegraphenleitung unterbrochen sein. Das ist klar, wenn der Nerv durch einen Schnitt in zwei Teile geteilt ist. Es genügt aber auch schon, wenn die Telegraphenleitung, der Nerv, in seinem inneren Gefüge beschädigt, leistungsunfähig geworden ist. Die dauernde Aufnahme von Gift, etwa von Blei, kann eine solche Folge nach sich ziehen. Das Gift lagert sich in bestimmten Nerven ab, oder es schädigt die feinen, hoch empfindlichen Nervenenden, und eines Tages arbeitet der betreffende Nerv nicht mehr richtig. Das Gehirn kann nun noch so viel Befehle erteilen, der Wille kann noch so eifrig wünschen, die Hand solle bewegt werden; diese Befehle und Wünsche werden einfach nicht mehr weitergeleitet, die Leitung ist unterbrochen, die Muskeln erfahren gar nichts von den Anordnungen des Gehirns, das Glied ist gelähmt.

Die Bleilähmung hat entschieden sich langsam unter den Nerven des Körpers. Es ist dabei gleichgültig, ob eine Lähmung so plötzlich auftritt, wie das oben geschildert wurde, oder ob sie sich langsam entwickelt; was auch sehr häufig ist. Am häufigsten sind jene Muskelgruppen betroffen, die zur Streckung der Finger und der Hand im Handgelenk dienen. Bewegungen sind also wohl möglich; denn die Nerven der Beugemuskeln sind nicht erkrankt, nur Streckungen können nicht selbständig ausgeführt werden. Die Hände hängen in eigentümlicher Haltung herab, sie gestaffelt oft schon auf den ersten Blick dem Kundigen die Erkennung des der Lähmung zugrunde liegenden Leidens. Auch die Streckmuskeln des Oberarmes können betroffen sein. Viel seltener sind Bleilähmungen an den unteren Gliedmaßen vorhanden. Nicht ganz selten ist das gleichzeitige Betroffensein mehrerer Muskelgruppen.

Besteht eine derartige Lähmung längere Zeit, so kommt es zu einem Schwund der Muskelsubstanz (Atrophie). Das lebende Gewebe unterseidet sich eben auch dadurch vom unbelebten, daß es beim Nichtgebrauch schwindet. Ein Muskel, der nicht benützt wird, wird kleiner und schmaler; da, wo ehemals normales fülliges Fleisch (das ist Muskel) gewesen war, entstehen eingefallene Gruben. Merkwürdigerweise werden von Bleilähmungen (auch von andern Giftschädigungen) gerade jene Muskelgruppen betroffen, die für gewöhnlich am meisten zu arbeiten haben. Die selteneren Schultermuskellähmungen wurden bei Anstreichern beobachtet, die kurz vor dem Auftreten der Lähmung Zimmerdecken zu streichen oder eine andere Arbeit mit hochgehobenem Arm auszuführen hatten. In den viel benützten Nerven scheint das Gift wirksamer schädigend einzuwirken zu können.

Beim Verlauf von Bleilähmungen muß man sich von vornherein mit Geduld wappnen. Die Erscheinungen der Lähmung können sich sogar noch verstärken, selbst wenn bereits mit der Bleiarbeit ausgehört ist. Blei ist eben ein Gift, das nicht plötzlich, unmittelbar nach der Aufnahme in den Körper wirkt. Es häuft sich vielmehr allmählich an und kommt dann erst zur Wirkung. Die Bleiwirkung kann daher einige Wochen noch stärker werden, selbst wenn mit Sicherheit neuer Nachschub von Blei auszuschließen ist. Im übrigen können die Beschwerden rasch besser werden, aber auch Wochen und Monate lang gleich bleiben, ehe langsam eine Wandlung zum Bessern eintritt. Erst die einen, dann die andern Muskelgruppen können wieder bewegt werden — entsprechend dem Schwinden des Bleies aus den zugehörigen Nerven — und schließlich tritt volle Funktionsfähigkeit wieder ein. Bis zur völligen Wiederherstellung der gelähmten Muskelgruppen wurden zuweilen freilich auch Zeiträume von 1½ bis 2 Jahren beobachtet.

Besonders ungünstig wirkt es, wenn eine Rückkehr zur Bleiarbeit erfolgt, ehe die Lähmung vollständig und dauernd ausgeheilt ist. Rückfälle sind dann häufig. Es ist bei Bleilähmungen ebenso wie bei andern Vergiftungen, daß nämlich Rückfälle schon durch weit kleinere Mengen des Giftes herbeigeführt werden, als die ursprünglich zur Entstehung der Krankheit nötig waren. Je mehr Rückfälle auftreten, um so ungünstiger ist der weitere Verlauf, um so

langsamer bilden sich die Lähmungen zurück, ja sie können dauernd bestehen bleiben. So kann sich ein völliger Berufswechsel nötig erweisen, und die Wahl eines Berufes, der gar nichts mehr mit Blei zu tun hat. Teils ist der Ansicht, daß jemand, der einmal an Bleilähmung erkrankt ist, dauernd jeder Bleiarbeit fern bleiben sollte; die Berufsgenossenschaften können hier von dem ihnen durch die Verordnung vom Mai 1926 gegebenen Recht der Gewährung eines Teiles der Rente zwecks Berufswechsel Gebrauch machen. Die betreffende Bestimmung lautet: „Ist zu befürchten, daß eine gewerbliche Berufskrankheit entstehen, wiederentstehen oder sich verschlimmern wird, wenn der Versicherte weiter in einem Betriebe beschäftigt wird, der der Versicherung gegen die Krankheit unterliegt, so kann ihm der Versicherungsträger eine Uebergangsrrente bis zur Hälfte der Vollrente so lange gewähren, als er die Beschäftigung in solchem Betriebe unterläßt. Die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit ist neben der Uebergangsrrente zu gewähren.“

Die Behandlung der Bleilähmungen besteht neben der Fernhaltung von Bleiwirkung vor allem in einer allgemeinen Durchspülung und Kräftigung des Körpers. Darm und Nieren müssen gut funktionieren. Das Verschwinden der Lähmungserscheinungen wird durch warme Bäder, durch Massage und Bewegungsübungen, durch Einwirkung des elektrischen Stromes gefördert. Freilich ist bei all diesen Dingen große Geduld in zahlreichen Fällen vonnöten.

Leibesübungen gegen Unfallgefahr.



Der Unfallverhütungskalender 1930 bringt darüber beachtenswerte Ausführungen, von denen wir auszugsweise folgende wiedergeben: In den gewerblichen Betrieben nehmen die Maschinenunfälle zwar ab, aber die Unfälle durch Zusammenbruch und Umsinken von Gegenständen, durch Fallen von Leitern, durch Ausgleiten und Hinfallen, durch Verheben und Stoßen beim Tragen von Lasten, durch Anfahren mit Transportkarren usw. nehmen zu. Wenn man also in gewissem Umfange durch Schutzvorrichtungen die Maschinenunfälle heruntergedrückt hat, so ist man trotz allen Belehrungen durch Wort und Bild, trotz aller Ueberwachung der Betriebe auf Unfallgefahr dieser mehr alltäglichen Unfälle noch nicht Herr geworden.

Meistens werden diese Unfälle durch einen der drei folgenden Umstände verursacht: durch Unachtsamkeit, durch Unentschlossenheit und durch Ungewandtheit. Wie können sich nun die von Unfällen Bedrohten schützen, sich verhältnismäßig unfallfreier machen? Aufsätze und Bilder, Vorträge und Filme werden nur vor bestimmten Unfällen warnen und bewahren können. Kommt aber ein noch nicht dagewesenes Ereignis, so bemerkt Hans Ungeachtet es nicht rechtzeitig, oder er findet keinen Entschluß, oder es fehlt ihm die körperliche Gewandtheit. Es genügt also nicht, ihn an Hand von Beispielen zu unterrichten, sondern er muß zum Sehen, zum Handeln und zur Körperbeherrschung erzogen werden. Diese Erziehung erreicht man durch Leibesübungen! Ob sie nun in der Form des Turnens oder Schwimmens, des Fußballspiels oder Anders, des Wanderns oder Schlittschuhlaufens betrieben werden, ist weniger wichtig, wenn nur der Büro- und Werkstattemensch an die Luft und an die Sonne kommt, sich übt und die Muskeln lockert. Auch das Fallen will gelernt sein. Deshalb gehört die Jugend in die Turn- und Sportvereine, hinaus in die freie Luft der Sportplätze! Was man früh gelernt hat, bewahrt man auch später und kann es im Notfall gebrauchen.

Der Sport lehrt scharf aufpassen und sich fest zusammenzunehmen und seine Kräfte gebrauchen. Nur darauf kommt es an, nicht auf Rekorde. Denn ein übertriebener oder unvorsichtiger Sport kann wieder seinerseits körperliche Schäden verursachen.

Wir weisen darauf hin, daß unter besonderer Beachtung der letztgenannten Hinweise, die Arbeiter-Turn- und Sportvereine die geeignetsten Stätten zur Pflege der Leibesübungen sind.

Aus unserm Beruf

Das Jugendtreffen des 5. Bezirks.

Während der Pfingstfesttage fand in Dresden das erste Jugendtreffen für den 5. Bezirk (Sachsen — Provinz Sachsen — Thüringen) statt. Eingeleitet wurde das Treffen durch eine Elbdampfschiffahrt von Dresden elbaufwärts nach Laubegast und zum Terrassenufer zurück. Auf dem Schiff entfaltete sich ein reges, fröhliches Jugendleben, während, einem Filmstreifen gleich, zu beiden Seiten unseres Schiffes das herrliche Stadtbild und die gleich schöne Landschaft an uns vorüberglitt. Die ehemalige Residenz in ihrer reichen Gliederung und Schönheit, die Ministerien in der Neustadt, die Elbbrücken, die sanften Hänge der Dresdner Heide, die drei Albrechtsschlösser, die Lochwitzhöhe mit dem weißen Hirsch, die Elbbrücke Blasewitz und viele andere Landschaftsreize boten sich unsern Blicken dar. Als das Schiff bei Laubegast sich zur Rückfahrt wendete, sahen wir nochmals das Bild verschönert durch das Rot der scheidenden Abendsonne.

Schon in der sechsten Morgenstunde sammelten sich im Volkshaus die Festteilnehmer, um in Trupps die Sehenswürdigkeiten Dresdens kennenzulernen. Der weltberühmte barocke Zwinger, unter August dem Starken durch Pöppelmann errichtet, der Theaterplatz, der von der Gemäldegalerie, der Elbterrasse, der katholischen Hofkirche und dem Schloß umgeben ist, die Brühlische Terrasse (genannt der Balkon von Europa), der Große Garten wurden bewundert. Von 100 Meter hohen Rathausurm präsenfierte sich den Beschauern nochmals Dresden und die Höhenlandschaft beiderseits der Elbe.

Von Höhepunkt des Jugendtages erreichte die Morgenfeier im Volkshaus, die dem Jugendtreffen ihren Sinn und ihr Wesen verlieh. Arbeitermandolinsten umrahmten die Feler durch angepaßte Musikstücke, die allgemeinen Beifall fanden. Gemeinsam wurde gesungen: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, und zum Schluß „Dem Morgenrot entgegen, ihr Kampfgenossen all“. Der Vorsitzende der gastgebenden Filiale Dresden, Kollege Fritz Schulze, wie auch Bezirksleiter Vogt hießen alle aufs herzlichste willkommen und wünschten allen erlebnisreiche Tage. Durch Fahren Beifall belohnt wurde die Festrede des Kollegen Mehrens, der als Reichsjugendleiter unseres Verbandes über „Wesen und Ziel unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit“ sprach, das Thema sehr fleischfürend und im strengen Rahmen behandelte und so der Jungkollegenschaft das Problem und Werk unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit nahebrachte. Alle Jungkollegen und auch mancher Jugendleiter wird daraus gelernt haben.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen gruppierte sich der eindrucksvolle Festzug zum Marsch nach dem Hauptbahnhof. Nach dreiviertelstündiger Bahnfahrt marschierten wir vom Bahnhof Rathen der Elbe zu, die sich hier durch das Sandsteinmassiv der Sächsischen Schweiz zwingt. Ringsum begrüßt durch die trohigen Sandsteinfelsenmassen, konnten wir die Romantik dieser Naturdenkmalen erleben. Nachdem wir mit der Fähre die Elbe überquert hatten, marschierten wir in Trupps, geführt von Dresdner Jugendführern, die auch mit geologischen Kenntnissen über die Sächsische Schweiz ausgerüstet waren, hinauf zur Bastei, von wo sich besonders schön der Zauber dieser eigenartigen Landschaft darbot. Durch die zerklüfteten Schwedenhöcker (die daran erinnern, daß sich im dreißigjährigen Krieg hier die Einwohner vor den Schweden verborgen hielten) erreichten wir den Amsegrund, um von hier wieder aufwärts zum Hockstein zu steigen. Gegenüber grüßte unser Ziel die Jugendburg Hockstein, die jedoch zu erreichen, wir im wahren Sinne des Wortes in den Hockstein hineinsteigen mußten, um durch die Wolfschlucht das Polenztal zu erreichen.

Auf der Jugendburg herrschte bereits reges Jugendleben und -treiben, zu dem wir natürlich nun auch beitragen. Während etwa 100 Jungkollegen auf der Burg ein Nachlager erhielten, mußten 150 mit Strohlager beim Bauern vorliebnehmen. Bis spät in die Nacht zeigten die Jugendlichen ihre „Aufgewecktheit“, die auch sonst sehr erwünscht wäre. Früh um 3 Uhr zogen schon einige Trupps in die im Morgenschlummer ruhende Landschaft, die beim Sonnenaufgang mit ihren sanften Auen und Bergzügen bis ins Böhmerland, die Lausitz und das Erzgebirge jedem Beschauer unvergeßliche Erinnerung bleiben wird. Nach dem Frühstück streifen und kletterten alle um die steilen, gefahrkündenden Felsmassive, und die Sonne schien, daß es eine Lust war. Nachmittags zogen die Trupps wieder zurück nach Rathen. An der Elbe wurde nochmals gestakt. Viele benutzten die Gelegenheit zum Baden oder Spielen. Als uns der Zug nach Dresden führte, hörten wir immer wieder, daß wir schöne, unvergeßliche Tage, leider allzu schnell entschwinden, verlebten. Das ist auch der beste Dank und Lohn für uns Dresdner. Herbert Klemm, Dresden.

Karlruhe. Am 1. und 2. Juni feierte unsere Filiale ihr vierzigjähriges Bestehen. Die Verwaltung hatte mit dem Plan, dieses Fest in Art eines Waldfestes in der Zahlstelle Haueneberstein abzuhalten, keinen Fehlgriff getan und einen vollen Erfolg zu buchen.

Die Bevölkerung von Haueneberstein hatte es sich nicht nehmen lassen, die herbeiströmenden Festteilnehmer auf das freundlichste zu begrüßen. Die Ankommenden erfuhren die große Ueberraschung, als sie die geschmackvollen Girlanden und die schön geschmückten Häuser sahen. Nach Empfang der einzelnen Filialen und Arbeitervereine durch Musik, setzte sich um 2 Uhr der imposante Festzug durch die Straßen von Haueneberstein nach dem Waldfestplatz in Bewegung.

Das Festprogramm wurde von der 21 Mann starken Musikkapelle mit einem Freiheitsmarsch eröffnet. Die Arbeitergesangsvereine „Freiheit“, Baden-Baden und „Liederfreiheit“, Rastatt, ertulien mit ihren Chören „Völkermat“ und „Empor zum Licht“ reichen Beifall. Einen

Licht, Luft, Sonne und Freude fordern wir auch für unsere Jungkollegen!

von Fräulein Link, Karlsruhe, schwungvoll vorgetragenen „Prolog“ vom Arbeitersekretär Erb für unser vierzig-jähriges Bestehen verlas, löste helle Begeisterung aus. Sodann konnte Kollege Biebricher die zweieinhalbtausend Festteilnehmer begrüßen. Es waren vertreten die Filialen Heidelberg, Heilbronn, Mannheim, Pirmasens und Stuttgart. Ebenso hatten mehrere Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und Arbeiter-Säng- und Sportvereine ihre Vertreter entsandt. Bezirksleiter Kollege Gäß, Stuttgart, schilderte die Entwicklung der Filiale. Unter schweren Opfern wäre es möglich gewesen, auch in der Filiale Karlsruhe den gewerkschaftlichen Gedankens in die Herzen der Kollegen hineinzupflanzen. Der Redner wendete sich dann zu den neuen Aufgaben der Gewerkschaften. Im Vordergrund stehe die große Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, in Verbindung mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung. Mit erheblicher Stimme wies er den Vorwurf der Arbeitgeber „Die Arbeitslosenversicherung würde nur Faulenzer erziehen“ zurück. Mit einem Appell an die Jugend, sich den Gewerkschaften anzuschließen, schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit konnten die Kollegen Ludwig Dörr, Bruchsal, Theobald Jock, Lorenz Morgen und Karl Weber, Karlsruhe, zurückblicken. Für ihre Treue wurden sie vom Kollegen A. Kraus durch ein vom Vorstandsvorsitz gestiftetes Diplom und ein Geschenk der Filiale geehrt. Im Namen der Jubilare sprach Kollege Ludwig Dörr, Bruchsal, anerkennende Worte. Der Schluß des Programms wurde von den Sportkern des Kartells Kaspat bestritten, die durch ihre Leistungen volle Anerkennung verdienen. Die schönen Stunden werden bei den Kollegen in steter Erinnerung bleiben.

Alles in allem muß der Leistung des Festes volle Anerkennung ausgesprochen werden. Zu wünschen ist nur, daß dieses Fest ein weiterer Ansporn für alle diejenigen sein möge, die heute noch unserm Verband fernstehen. Sie sollten erkennen, daß sie heute erst recht Mitkämpfer für die gerechte Sache werden müßten.

Berufsunfälle

Magdeburg (Schiffstele Schönebeck). Am 17. Juni, vormittags, stürzte der Anstreicher Martin Robert von dem Unterbau der Elbbrücke ab, wo er mit Anstreicherarbeiten beschäftigt war, und schlug auf das Eisvorland auf. Er erlitt bei dem Sturz aus 4 bis 5 Meter Höhe mehrere Kopfverletzungen. Der Verletzte mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Eine Untersuchung des Unfalles muß erst ergeben, auf welcher Seite ein Verschulden vorliegt.

Selt. Ein unorganisiertes Gebirge stürzte von einer 22 Meter hohen Feuerwehrtreppe ab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Stunden starb. Da der Unfall auf Bruch einer Achse zurückzuführen ist, muß eine Verletzung der Aufsichtsstellen vorliegen.

Eingefandt

Mehr praktische Mitarbeit im Malerverband!

Für jeden Kollegen ist es eine ersteilige Pflicht, wenn wir im „Maler“ lesen können, daß die Kollegen eines Ortes in einer gewissen Geschlossenheit zu unserm Verbande und damit zu unsern Bestrebungen stehen. Das ist in der nicht überall der Fall. Daher muß von allen Mitgliedern erwartet werden, daß sie nicht allein mit der reinlichen Einrichtung der Verbandsbeiträge ihre Pflichten erfüllen, sondern selbst praktische Mitarbeit leisten, denn noch viele Aufgaben gilt es durchzuführen. Wir haben es nicht nötig, utopischen Wünschen nachzugeben, wir brauchen nur mit Sicherheit unsere nachfolgenden Aufgaben zu verfolgen, da deren Erfüllung nicht von dem Wohlwollen der Unternehmer, sondern nur von unserer Einigkeit und Geschlossenheit abhängig ist. Die Vorprobe auf Karlsruhe, die in ansehnlicher Weise ablaufen konnte, durch unsere Versammlungen. Hier zeigt sich der Wille unserer Kollegenschaft, inwieweit sie bereit ist, geschlossen für ein gemeinsames Ziel einzutreten. Wir dürfen bei unserm Vorhaben nicht alle Last auf unsere Führer und Verantwortlichen übertragen, denn allein alle Arbeiten und Sorgen überlassen, wir müssen vielmehr mit festem Willen und in steter Bereitschaft hinter ihnen stehen, damit sie für unsere Rechte eintreten können.

Auf diesem Gebiet muß von unseren Kollegen noch viel nachgeholfen werden, da der Versammlungsbesuch noch nicht im wünschenswerten Umfang liegt. Das trifft auch auf Verordnungen zu, in denen sogar sachliche und wirtschaftliche Fragen behandelt werden.

Wir müssen in unserm Aus- und Fortbildungsbereich einen dauernden Aufwärtsschritt und Vorwärtsschritt setzen und es mit Freude begrüßen, wenn von uns in den nächsten Tagen Vorträge veranstaltet werden, die unserer Fortbildung dienen. Wenn wir es erleben, daß die Arbeiter über das Betriebsratsgesetz, oder ein Film der Gewerkschaftsbewegung, der unsern Mitgliedern helfen sollen nach große Nutzen vermag, schlecht bezahlt sind und die uns nachfolgenden Interessen bei derartigen Veranstaltungen vernachlässigt werden, dann kann es kommen, daß unsere Veranstaltungen von derartigen Veranstaltungen unberührt, weil das Bedürfnis zu gering ist.

Wir haben ein Bedürfnis vor, das aber von unserer Seite nicht genügend erkannt wird. Wir haben die Aufgabe, unsern Kollegen eine weitere Ausbildung fortzusetzen. Wir müssen, daß ein reiches Wissen und ein gutes Können die Tätigkeit sichert und unsere Forderungen durch unsere Fortbildung als selbstverständlich erscheinen lassen. Wir müssen aber auch an allen anderen Stellen, wo die Kollegen die Augen offen halten, um die

Gefahren zu erkennen, die unserm Beruf drohen, wenn wir nicht selbst wissen, wo unsere Schwächen liegen. Hieraus können wir dann unsere Macht auch richtig einschätzen. Sie darf nicht in buchmäßigen Zahlen, sondern in überzeugungstreuer Betätigung innerhalb unserer Organisation ausgedrückt sein. Heute mehr denn je haben wir allen Grund, fest zusammenzustehen in einer Organisation, die alle unsere Berufskollegen erfaßt.

Diese ist uns im Verband der Maler usw. geboten. Unsere gesamten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen können nur dann von unserer Organisation vertreten werden, wenn wir selbst einig und geschlossen an unserem Aufstieg tätigen Anteil nehmen und eifrig mitarbeiten. Louis Häuser, Bremen.

Gewerkschaftliches

Redakteurenkonferenz.

Existenz und Tätigkeit des Fachauschusses für die Gewerkschaftspresse geben den Schriftleitern der Gewerkschaftsblätter die Möglichkeit, gemeinsam aufzutreten und als Einheit Beziehungen zu pflegen zu anderen korporativen Faktoren des öffentlichen Lebens. Den bedeutenden praktischen Nutzen des Zusammenwirkens der Gewerkschaftsredakteure in dieser Richtung zeigte die letzte Konferenz, die am 3. und 4. Juni von ihnen in Berlin abgehalten wurde. Die Redakteurenkonferenz tagte im Hause der SPD, und die Schriftleiter unserer Zeitungen waren Gäste des Parteivorstandes, der Vorwärts-Redaktion und Vorwärts-Druckerei.

Sie waren zu Gast geladen und bewegten sich doch in heimischer Umgebung. Die Rede, mit der Friedrich Stampfer die Gewerkschaftsredakteure begrüßte, war in ihrem Ton bestimmt durch aufrichtige Kameradschaft und sachlich ein Ausdruck der Genugtuung darüber, daß nun Gelegenheit zu einem nahen Verkehr zwischen Partei- und Gewerkschaftspresse zur Pflege gemeinsamer wie zur Erörterung verschiedenartiger sachlicher Interessen geboten ist. Diese Gelegenheit müsse genutzt werden. Parteipresse und Gewerkschaftspresse bildeten eine Einheit von solidarisierenden Kräften. Es sei nötig, diese Einheit im Geiste auszunutzen für eine gegenseitige Förderung in pressetechnischer Hinsicht, um Macht und Einfluß der Presse der Arbeiterbewegung zu mehren und auszubreiten.

Konrad Ludwig gab dann den Redakteuren ein interessantes Bild des organisatorischen Aufbaues und Bestandes der SPD, sowie eine Darstellung des Zweckes und Wirkens der zentralen Einrichtungen der Partei: des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit mit seinen verschiedenen Tätigkeitszweigen, der SAJ, Arbeiterwohlfahrt, Konzentration — einer Treuhandsfirma zur Wahrung der Interessen der Parteigeschäfte, der Inzeraten-Union sowie anderer Institutionen. Konrad, dessen Art, die Gewerkschaftsredakteure zu empfangen, eine nicht minder herzliche Note hatte als die des Genossen Stampfer, leistete mit seinen Darlegungen über zu einer anregenden und aufschlußreichen Besichtigung der Vorwärts-Druckerei und -Redaktion und die Räume des Parteivorstandes. Zuvor aber wurde den Redakteuren noch eine Folge von Ausschnitten aus den Werbefilmen der Partei gezeigt; viele Parteien dieser Filme sind von einer starken filmkünstlerischen Wirkung.

In der Sitzung der Redakteure, die darauf folgte, sprach der Kollege Georg Dörband vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker über den Druck der Zeitung. Er erklärte die Voraussetzungen für einen guten Druck und die Mittel zur Abstellung von Mängeln bei der Drucklegung. Besonderes Interesse fanden seine Darlegungen über Möglichkeiten des modernen Bilderdrukkes. Sein Vortrag war durch Anschauungsmaterial unterstützt und auch die vorausgegangene Betriebsbesichtigung verband sich nun mit dem Vortrage zu einem Ganzen. In der Diskussion, an der auch die Leiter der mit der Herstellung unserer Hefen befaßten Druckereibetriebe teilnahmen, wurden Erfahrungen mitgeteilt und Fragen an den Vortragenden gerichtet.

Danach sprach Emil Dittmer über die Fachzeitschriften der Gewerkschaften. Von 31 Zentralverbänden geben 20 Fachzeitschriften heraus. Viele Veränderungen in der Berufechnik, veranlaßt und häufig vermehrt durch die Rationalisierung, haben das Bedürfnis nach guter sachlicher Literatur gesteigert und halten es wach. Dittmer gab Winke für Inhalt und Ausstattung der Hefen sowie für die Werbung von Mitarbeitern. Eine von ihm eingeleitete Erörterung verschiedener Auffassungen von der Gestaltung der Fachzeitschriften wurde in der Diskussion fortgesetzt. Auch der Sinn der Zeitschriften für den Zweck der Gewerkschaft wurde geprüft. Hervorgehoben wurde, daß für eine große Zahl von Arbeitern — auch Ungelehrten — eine genaue Vertrautheit mit der Maschine von ganz großer Bedeutung sei. Der Sinn der Fachzeitschriften für die Bewegung verberge daher keineswegs mit dem Übergang handwerklicher Arbeitsmethoden. Es sei notwendig, gewerkschaftliche Fachzeitschriften an die Stelle der zahlreichen, von den Arbeitern gern gelesenen populären technischen Zeitschriften zu setzen, und es ist, wie mit Beispielen belegt wurde, möglich, diese durch jene zu verdrängen. Der unermeßliche Umfang des technischen Fortschritts und die bis zu letzter Vollkommenheit gediehene Verfeinerung der Maschine wurde den Gewerkschaftsredakteuren von neuem bewußt gemacht durch eine Besichtigung der Schokoladenfabrik Saroffi, die am zweiten Konferenztag das Treffen der Schriftleiter abschloß.

Am Vormittag dieses zweiten Tages gab jedoch zunächst der Fachauschuß Bericht über seine Tätigkeit. Die Zusammenfassung des Resultates einer Umfrage über Bestand und Arbeitsweise der Redaktionen sowie Richtlinien über angemessene Honorare, mit deren Ausarbeitung der Fachauschuß beauftragt worden war,

lagen der Konferenz vor und wurden besprochen. Der Bericht, den Hermann Scheffler erstattete, wurde allerseits gebilligt, Anregungen für die weiteren Arbeiten wurden gegeben.

Der 17. Bundestag

des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand in Köln statt. Neben vielen anderen Vertretern von Behörden, der SPD, und befreundeten Organisationen des In- und Auslandes war auch der ADGB, offiziell durch den Genossen Böcker, Düsseldorf, vertreten. Kreisböhm, Köln, betonte die innige Verbundenheit der freien Gewerkschaften mit den Arbeiterportorganisationen. Durch den Bericht des Vorsitzenden zog sich wie ein roter Faden der immer wiederkehrende Hinweis auf die wirtschaftlichen Not, die nur durch zehlfachen Klassenkampf in den Gewerkschaften und der Partei behoben werden können.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Bundes ergaben folgende Zahlen:

Das Bundesgeschäft hatte 1929 trotz der wirtschaftlichen Not in runden Summen nachstehende Umsätze:

Waren 1 656 000 M., Zeitungen 472 000 M., Druckerei 297 000 M., zusammen 2 425 000 M.

Die Organisation selbst weist 1929 in ihrer Bilanz in Einnahme und Ausgabe reichlich 2 1/2 Millionen Mark nach, die Bundeskasse erforderte 1928/29 eine Ausgabe von rund 560 000 M., der Zuwendungen von Behörden, Krankenkassen usw. nur in Höhe von 150 000 M. entgegengesetzten. An Unfallunterstützungen wurden 1928/29 rund 400 000 M. ausgezahlt.

Den Geist des Bundestages kennzeichnet wohl am besten die Organisationszugehörigkeit der Bundestagsmitglieder. Teilnehmer waren insgesamt 252 (davon 34 Frauen); politisch organisiert in der SPD, 242; in der KPD, 1; in der FPD, 1 und politisch unorganisiert waren 8; gewerkschaftlich organisiert 226, davon 16 Frauen. Stolz bekamen sich die Arbeiterportler zur organisierten Arbeiterkraft. Welcher Gewerkschaftsgenosse will da weiter in „neutralen“ Verbänden sein?

Der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt 30 M.

Die Regierung und die Unternehmer werden von dem Bestreben geleitet, die Verdienste der Arbeiter herabzusetzen. Angeblich sind die Löhne und Gehälter zu hoch. Ein einfacher Blick in die Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft beweist, daß die Kostlage zu keiner Zeit so groß war als gegenwärtig. Wie gering die Verdienste in Wirklichkeit sind, geht aus einer Anmerkung hervor, die das Institut für Konjunkturforschung in seinem Wochenbericht vom 4. Juni zu einem Artikel „Das Arbeitseinkommen“ macht:

„Der durchschnittliche Wochenverdienst des durch die Invalidenversicherung erfaßten Personenkreises beträgt im Reichsdurchschnitt für das erste Vierteljahr 1930 etwa 30 M. Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick sehr niedrig. Denn: allein nach der Tarifstatistik ergibt sich gegenwärtig in Industrie, Handel und Verkehr (allerdings in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe) für den angelernten Arbeiter ein durchschnittlicher Wochenlohn von etwa 42 M., für den gelernten Arbeiter von rund 54 M. Bei dem Ergebnis der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung ist aber zu berücksichtigen, daß hier auch alle Landarbeiter und Hausangestellten mit einfallen sind, die den Reichsdurchschnitt stark nach unten drücken.“

Bei einem Durchschnittswochenverdienst von 30 M. muß man von einer Hungergrenze sprechen, an der die deutsche Arbeiterschaft angelangt ist. Nur verbohrte Reaktionäre können meinen, daß hier noch Ersparnisse gemacht werden können. Soll das deutsche Wirtschaftsleben sich entwickeln, dann müssen die mehr als 20 Millionen Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft und Verkehr mehr Kraft bekommen, am ehesten als Kulturmenschen leben zu können, und andernteils die Produkte zu verbrauchen, die deutsche Industrie und die Landwirtschaft nicht abzugeben vermögen. Nicht Abbau, sondern Aufbau der Löhne und Gehälter ist notwendig.

Angleichung der Arbeiterlöhne

Die Arbeiterlöhne sind in letzter Zeit nur in einigen Branchen oder Bezirken gestiegen. Zumest sind sie aber gleich geblieben oder sogar zurückgegangen. Nach den Feststellungen des Konjunkturinstituts ist in Teilen von Sachsen, im Regierungsbezirk Merseburg, im Neckarkreis und im Regierungsbezirk Schwaben das Durchschnittseinkommen der Arbeiter gegenüber dem Vorjahre gesunken. In andern Gebieten ist es zwar gestiegen — aber nur wenig, so daß die Steigerung dort hinter der des Reichsdurchschnitts zurückbleibt. Dies gilt für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, so für die Regierungsbezirke Münster, Minden, Osnabrück, Düsseldorf, Köln, Aachen, ferner in Berlin, Oberbayern, Baden usw. Gestiegen ist das Durchschnittseinkommen der Arbeiter in den überwiegend agrarischen Gebieten. Das zeigt sich zum Beispiel in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, in den Regierungsbezirken Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, in Oldenburg, Niederbayern, der Oberpfalz, Oberhessen usw. Das Konjunkturinstitut schreibt in seinem Wochenbericht Nr. 10 abschließend hierüber folgendes: „Im ganzen betrachtet ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß unter dem Einfluß des Konjunkturrückgangs das Durchschnittseinkommen dort am stärksten gestiegen ist, wo der Stand des Durchschnittsverdienstes verhältnismäßig niedrig ist. Das schnellere Steigen der Durchschnittseinkommen in den nicht-industriellen Gebieten (mit verhältnismäßig niedrigem Stand der Einkommen) gegenüber den industriellen Gebieten führt also dazu, daß sich gegenwärtig eine gewisse Angleichung der regionalen Unterschiede in der Höhe des Durchschnittseinkommens der Arbeiterschaft vollzieht.“

Ausperrung wegen einer Innungs-Krankenkasse.

Die Gründung von Innungskrankenkassen ist einer Reihe unserer Filialen kein unbekanntes Kapitel. Wo man es nur irgendwie machen zu können glaubt, wer-

Die Not der Zeit gebietet: Eingabe und Treue an den Verband!

den solche Zwangskassen ins Leben gerufen. Die Unternehmer wissen genau warum. Besonders grauert die Innungskrankenkassensuche im Baugewerbe. Die Bauwerkskassen wenden sich energig gegen dieses Bestreben. In einer Eingabe derselben an den preussischen Wohlfahrtsminister werden typische Fälle herangezogen, wie heute Innungskrankenkassen gegründet werden. Die Bauarbeiter haben Gegenmaßnahmen getroffen indem sie, wenn sie der Ortskrankenkasse nicht angehören können, einer Ersatzkasse beitreten, um dem Zwange zu entgehen, sich in einer Innungskrankenkasse zu versichern. Dieser Widerstand der Bauarbeiter hat die Bauunternehmer in Gera veranlaßt, die Arbeiter auszusperren. In einem Rundschreiben vom 28. April 1930 an die Mitglieder der Zwangsinnung befindet sich folgender Satz: „Was hätte unsere ganze Organisation für einen Zweck, wenn ein durch die Gewerkschaft herbeigeführter Beschluß unserer Arbeitnehmer zur Folge hätte, ein seit zwei Jahren verfolgtes Ziel im letzten Augenblick fallen zu lassen, nachdem es gelungen ist, dasselbe zu erreichen!... Arbeitnehmer, die glauben, sich herausnehmen zu können, ihrem Brotherrn eine Beschneidung vorzulegen, daß sie einer Ersatzkasse beigetreten sind, müssen sofort entlassen und neue Arbeitnehmer nur unter der Bedingung eingestellt werden, wenn sie sich bereit erklären, der Innungskrankenkasse anzugehören...“ Daraus ist zu ersehen, was den Unternehmern die Innungskrankenkassen wert sind. Bei solcher Sachlage ist es den Arbeitern keineswegs zu verdenken, wenn sie sich gegen solche Bestrebungen mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Dieser Unfug würde mit einem Schlage aufhören, wenn von den verantwortlichen behördlichen Stellen ein für allemal von einem Befähigungsrecht abgesehen würde. Unter keinen Umständen dürfen neue Innungskrankenkassen genehmigt werden. Wenn aber das Problem Innungskrankenkassen zu einer Nachtprobe zwischen Arbeit und Kapital werden soll, dann müßte mit allen Mitteln dagegen angegangen werden.

Arbeitsunlust oder Berufsfronde?

Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder zur Berufsfronde führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Mittel werden die Werksgemeinschaften gepriesen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlen bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema: „Arbeitsunlust oder Berufsfronde?“ auszuschreiben, dessen nähere Bedingungen im Jahrbuch der Typographischen Mittelungen veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 M an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeiterschaft auf das Ergebnis dieses Preiswettbewerbes gespannt sein, wiewohl auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfronde“ eine Rolle spielt. H. G.

Genossenschaftliches

Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe.

— II. Der Kampf des sogenannten selbständigen Mittelstandes — wer ist der „unselbständige“ Mittelstand? — gegen die Konsumgenossenschaften ist ein staatspolitisches Diktum aus, das insbesondere von den Beamten und Angestellten und den Arbeitermassen als Verbraucher nicht unbeachtet bleiben kann. Da die „Stützen von Thron und Altar“, zu denen sich der „selbständige Mittelstand“ in Vorkriegszeiten zählen durfte, durch die staatspolitische Umwälzung zu einem nicht mehr zeitgemäßen Begriff geworden sind, so muß der Mittelstand, da er sich doch als „Staatsstütze“ fühlt, obwohl er mehr „Stütze“ braucht als Stütze ist, sich nach einer ebenso brauchbaren Bezeichnung umsehen. Der neue Reichsjustizminister Preuß von der Wirtschaftspartei hat nun kürzlich bei einer Kundgebung des „selbständigen“ Mittelstandes für die Sonderumlage zur Knebelung der Konsumgenossenschaften den neuen Staatsstützenbegriff glücklich formuliert, indem er, staatspolitiker großen Formats, erklärte: „Das selbständige erwerbsmäßige (!) Bürgertum sei nach Meinung des Kabinetts der Träger der gewaltigen Beamtenstaaten, nicht aber Warenhäuser und — Konsumvereine.“

Nun weiß man also, daß die demokratische Republik Deutschland ohne die alten „Stützen von Thron und Altar“ nicht existieren könnte, und daß dem „Beamtenstaat“ nur vom „selbständigen“ Mittelstand geholfen werden kann. Die Beamten sollen wissen, was die Bezeichnung „Beamtenstaat“ im Wessenskern bedeutet: Da die Beamten der Republik vom „selbständigen“ Mittelstand durch Steuern „verhalten“ werden müssen, so muß umgekehrt die Beamtenchaft aller Grade mit ihrem Einkommen, das nach der erleuchteten Volkswirtschaft der Mittelständler aus reinen Steuern besteht, den „selbständigen“ Mittelstand „verhalten“. Wo bliebe sonst die ausgleichende Gerechtigkeit?!

Was nun aber das staatspolitische Diktum des wirtschaftsparteilichen Ministers anbelangt, so müßte die deutsche Republik, wenn es richtig wäre, auf ebenso schwachen Füßen stehen, wie der „selbständige“ Mittelstand selbst, der zu seiner Erhaltung vom Staat steuerfreie Millionenkredite zu niedrigstem Zinsfuß beanprucht und gleichzeitig die Konsumgenossenschaften mit brutalen



Bestell-Nr. 301 — der Unfallverhütungsbild O. G. & H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsbild Nr. 301.

Ausgänge und Treppenhäuser nicht durch Gegenstände verstellen! — Feuerbeständige und feuerhemmende Türen in geöffnetem Zustande nicht feststellen oder festhaken! — Feuerlöschgeräte in Ordnung halten! — Feuerwehr bei Brandfälle sofort alarmieren und ihren Anordnungen folgen!

Ausnahmesteuern belastet sehen will. Was der Tragikomik dieser neuen „Träger des gewaltigen Beamtenstaates“ nicht entbehrt.

Wie falsch und gefährlich aber die staatspolitische Deklamation der Wirtschaftspartei und ihres Ministers ist, zeigt eine Statistik der Gegenüberstellung von Handelsbetrieben und genossenschaftlich organisierten Verbraucherbetriebe vom Jahre 1907 mit 621 108 Inhabern auf 946 403 im Jahre 1925, also um 52,3 % zugenommen haben, während die Bevölkerung im heutigen deutschen Staatsgebiet von 37,8 Millionen im Jahre 1910 auf 62,3 Millionen, also um nur 8 %, zugenommen hat. Trotzdem stehen den rund eine Million Handelsbetrieben, die bei ihrer kaninchenartigen Vermehrung heute gezählt werden können, vier Millionen genossenschaftlich organisierter Haushaltungen in zirka 1500 Konsumgenossenschaften gegenüber.

Woraus sich ergibt: 1. daß die vielbeklagte schlechte Wirtschaftslage des „selbständigen“ Mittelstandes im Handel — und nur er wird von der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung betroffen! — vor allem durch seine eigene unmäßige, in gar keinem Verhältnis zur Verdienenerhebung stehende Vermehrung verschuldet ist, und 2. daß die auf Selbsthilfe und nicht auf Staatsstipendien aufgebaute, in Zahl viermal stärkere Wirtschaftsbewegung genossenschaftlich organisierter Verbraucher in weit höherem Maße Träger des Staates ist, als der notleidende „selbständige“ Mittelstand.

Der „unselbständige“ Mittelstand, als welcher mit achselzuckender Miene des „erwerbsmäßigen Bürgertums“ die Beamten und Angestellten rubriziert werden, können diese untergeordnete soziale und staatspolitische Bewertung am besten durch stärkste wirtschaftliche Betätigung in den Konsumgenossenschaften aufklimmern. Die Arbeitermassen, die ja bei diesen staatspolitischen Erwägungen überhaupt nicht mitzählen, werden es sowieso tun.

Sozialpolitisches

Neue Gold-Hypothekenspandbriefe für den Kleinwohnungsbaun.

Die Hannoversche Bodenkreditbank — Bank zu Hildesheim und Berlin, die bekanntlich der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. nahesteht und sich in den letzten Jahren vorwiegend der Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues durch Hergabe erstfälliger Hypotheken und die Hergabe von Kommunalanleihen gewidmet hat, führt nunmehr eine neue Reihe 17 ihrer 8%igen Gold-Hypothekenspandbriefe zum Kurse von 100 % an der Berliner Börse ein.

Millarden werden von deutschen „Patrioten“ ins Ausland gebracht.

In Deutschland herrscht sehr große Kapitalnot. Alle möglichen Mittel werden versucht, um Geld aus dem Ausland heranzuziehen. Doch bis jetzt hat dies nur wenig genützt. Wohl fließt Auslandsgeld wieder verstärkt herein, aber diese Summen genügen nicht, um wichtige Wirtschaftszweige zur Entfaltung zu bringen. Angesichts dessen wirkt es wie ein Hohr, wenn der Reichsarbeitsminister anlässlich der Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände davon Mitteilung machte, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 6 bis 8 Milliarden zu schätzen ist. Man halte sich einmal vor Augen, welch belebender Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu spüren wäre, wenn die deutschen Prozentpatrioten ihr Geld nicht ins Ausland

geschafft hätten? Der Grund hierfür liegt klar zutage. In Deutschland sind die Steuern höher als in dem neutralen Ausland. Es geht mit dem Geld so ähnlich wie mit dem Fremdenbesuch, man sucht es durch allerhand günstige Manipulationen heranzuziehen. Und da das Ausland, namentlich Holland, Luxemburg und die Schweiz dem Kapital günstigere Bedingungen bieten, deshalb fließt es dahin, wo weniger Belastungen zu befürchten sind. Es muß aber für alle Zeit angeprangert werden, daß deutsche Kapitalisten gerade in der schwierigsten Zeit ihr Vaterland im Stich gelassen haben und mit dazu beitragen, die Wirtschaft hierzulande in Unordnung zu bringen. Die Arbeiterschaft jedenfalls wird sich das merken.

Das Versagen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Trotz der verzweifeltsten Lage des Arbeitsmarktes und obwohl die milden Wintermonate in diesem Jahre für die Ausdehnung von Notstandsarbeiten sehr günstig gewesen waren, wurden diese, statt in großem Umfange ausgedehnt zu werden, gegenüber dem Vorjahre noch zurückgeschraubt, so daß sie für die Entlastung des Arbeitsmarktes keine Bedeutung hatten, trotz Steigerung der Beschäftigten seit März. Wurden im März 1928 noch mehr als 70 000, im April 1929 67 000 Notstandsarbeiter beschäftigt, so betrug ihre Zahl im März des laufenden Jahres weniger als 27 000, Mitte April 32 000. In den Wintermonaten war ihre Zahl verschwindend gering.

Ein weiterer Unterschied gegenüber früher ist die geringere Versorgung der Notstandsarbeiter aus öffentlichen Mitteln. Diese werden teils in Arbeiten nur mit der sogenannten „Grundförderung“, teils in Arbeiten mit „verstärkter Förderung“ beschäftigt. Im Etatsjahr 1928/29 erhielten noch etwa zwei Drittel der Notstandsarbeiter außer der Grund- auch noch die verstärkte Förderung. Mitte April des laufenden Jahres befanden sich zwei Drittel der Beschäftigten in Arbeiten, die nur die Grundförderung erhalten. Die geringfügigkeit der zu Notstandsarbeiten bereitgestellten Summen ergibt sich daraus, daß zu diesem Zweck für die Grundförderung aus Mitteln der Reichsanstalt und den Reichsmitteln der Arbeitslosenfürsorge im letzten Vierteljahr 1929 nur 11,1 Millionen Mark, im ersten Vierteljahr 1930 7,87 Millionen Mark, aus Reichsmitteln der verstärkten Förderung 11,85 beziehungsweise 7,09 Millionen Mark geleistet wurden. Im Haushaltsjahr 1929 wurden aus Reichsmitteln für produktive Arbeitslosenfürsorge 115,4 Millionen Mark ausgeben, wozu noch 75 Millionen Mark aus Mitteln der Länder hinzukamen. Diese Summen schließen auch die Ausgaben für Zinszuschüsse und Landarbeiterwohnungsbaun ein. Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, wurde das Tempo der Notstandsarbeiten in dem Maße verlangsamt, wie die Arbeitslosigkeit anstieg.

Arbeiterversicherung

Die Belastung durch die Sozialversicherung.

Tag für Tag kann man von neuen Angriffen lesen, die gegen die deutsche Sozialversicherung gerichtet sind. Anlaß hierzu mag wohl die gewiß trostlose finanzielle Lage des neuesten Zweiges der Versicherung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegeben haben. Dies wird von den Unternehmern ausgenutzt, um erneut auch gegen die übrigen Zweige der Arbeiterversicherung vorzugehen. Allerlei Reformvorschlüge sind neuerdings wieder aufgetaucht. Merkwürdigerweise ist jetzt in diesen Kampf auch die Invalidenversicherung, die man bislang immer verschont hatte, mit einbezogen worden. Es handelt sich hier um die sogenannten Reichszuschüsse, die das Reich zur Durchführung der Versicherung der Landesversicherungsanstalten gibt. Man hat nicht Abel Lust, diese Zuschüsse abzuschaffen. Als ob durch derartige Kapitalien der krankende Haushalt des Reiches gefunden könne! Die Arbeitgeber operieren wieder mit ihren alten und abgeleiteten Schlagworten, daß die Wirtschaft durch die Beiträge zur Sozialversicherung zu sehr belastet und dadurch konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt würde. (Daß der mangelnde Absatz ans Ausland ganz andere Gründe hat, können oder wollen die Arbeitgeber immer noch nicht einsehen.) Immer wieder erkönt das Geschrei über die teure Versicherung.

Interessant ist nun, daß das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer 12, 1930, eine Zusammenstellung der Kosten der gesamten Versicherungseinrichtungen veröffentlicht. Es heißt da wörtlich:

„Als Beitrag erhebt die Krankenversicherung im Reichsdurchschnitt 6,2 und die Arbeitslosenversicherung im allgemeinen 3 — jetzt zeitweilig 3,5 % — des Grundlohnes, die Invalidenversicherung 5 und die Angestelltenversicherung 4 % des Endbetrages der Lohn- oder Gehaltsklassen, die gewerbliche Unfallversicherung im Reichsdurchschnitt 1,2 % der in den versicherten Betrieben umgesetzten Lohnsumme: Die Sozialversicherung erhebt hiernach im ganzen 15,9 % des versicherten Lohnes. Nicht in allen Versicherungszweigen wird der ganze Lohn versichert: in der Invalidenversicherung zum Beispiel nur der Wochenlohn bis zu 42 M., der nicht versicherte Lohn- oder Gehaltsteil bleibt für den Beitrag und die Leistungen außer Anlaß. Bei einer Versicherung des ganzen Lohnes würde der Beitragssatz etwa 14 bis 15 % des Lohnes betragen. Von dem Gesamtbeitragsätze treffen 8,36 Teile auf die Versicherten und 7,54 Teile auf die Arbeitgeber.“

Diese Angaben, die von amtlicher Stelle errechnet und veröffentlicht sind, zeigen einmal die Gesamtbelastung durch die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung. Neben der Gesamthöhe der Beitragsaufbringung ist deren Verteilung auf die Versicherten und die Unternehmer interessant. Es geht daraus hervor, daß die Versicherten weit höher belastet sind als die Unternehmer. Zum Schluß sei aus dem erwähnten Artikel des „Reichsarbeitsblattes“ noch folgender Satz im Wortlaut wiedergegeben:

Der Beitragsanteil der Versicherten wird durch Abzug vom Lohn entrichtet, der Beitragsanteil der Arbeitgeber ist eine besondere Betriebsausgabe neben dem Lohn und kommt in der Wirkung einer Lohnergänzung gleich.

Es ist dies eine Tatsache, die von den Gewerkschaften schon wiederholt festgestellt und den Unternehmern vorgehalten ist. Nicht die Unternehmer allein sind es, die die Versicherungen finanziell tragen, die Arbeiter sind hieran in viel größerem Maße beteiligt.

Beitragshinterziehungen bei der Sozialversicherung.

Es gibt Unternehmer, die die Beiträge für Sozialversicherung einfach nicht abführen oder für sich verwenden. Nach der Reichsstrafgesetzbuch sind wegen derartigen Vergehen 747 Verurteilungen. Im Jahre 1927 waren sogar 3717 Verurteilungen notwendig.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Sozialhygienischer Tag in Dresden.

Im Rahmen der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 fand Anfang Juni ein sozialhygienischer Tag statt, der von den großen sozialhygienischen Gesellschaften veranstaltet wurde.

Das erste Referat hielt der bekannte sozialdemokratische Sozialhygieniker Prof. Dr. Großjahn. Er berichtete über „25 Jahre Sozialhygiene“. Seine Rede war von großem Verantwortungsbewußtsein getragen.

Ueber „Gesundheitsfürsorge für das Kindesalter“ sprach Prof. Koff, Berlin. Es gelte vor allem die Sterblichkeit durch Ernährungsrückstände zu verringern.

Prof. Dr. v. Romberg, München, sprach über die „Tuberkulose“ und ging besonders auf die Notwendigkeit der Frühbehandlung ein, die sichere Erfolge bringe.

Ueber den „Rückgang der Syphilis“ sprach Prof. Jakobson, Dresden, dessen Ausführungen darin gipfelten: die Syphilis ist keine Schande, sondern ein Unglück.

Zwei weitere Vorträge wurden gehalten über die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs auf dem Lande.

Hoffentlich fallen die gegebenen Anregungen auf fruchtbaren Boden, damit dieser Tag auch praktische Auswirkungen im Gefolge hat.

Nach den Arbeitsgerichten

rd. Unterliegen die Kindergelder und Hausstandszulagen der Fiskus der Pfändung? Bei einem Arbeiter merkt Teile seines Lohnes gepfändet worden.

Beamtengehalt Ähnliches geworden, die Arbeitslöhne seien den Beamtengehältern „angenehnt“ worden.

Indessen hat auch das Reichsarbeitsgericht dahin entschieden, daß der Arbeiter bezüglich der Kindergeld- und Hausstandszulagen keine Befreiung von der Pfändung verlangen dürfe.



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe überall!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

Sachverständiges

Der Kulturfilm des „Reichsausschusses für Sachwert-erhaltung“ wurde in den nachstehenden Theatern aufgeführt. Vom 29. Mai - 4. Juni, Kammer-Lichtspiele, Wiesbaden.

Er wird angeführt: Vom 11. - 14. Juli i. d. Lichtburg, Altona a. d. E. Udostr. 98.

Patentsachen. Zusammengefaßt von Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59, Ankünfte bereitwillig.

Ereilte Patente

Nr. 75c. 501 164. Spritzgerät. Dipl.-Ing. Karl Ludwig, Hamburg 37.

Nr. 75c. 501 165. Leitschablone zum Dekorieren von zylindrischen und kugelförmigen Gegenständen.

Angemeldete Patente.

Nr. 75c. P. 51 406. Verfahren zum Lackieren von Leder mit Zelluloselacken. Jean Puisseau, Paris.

Nr. 75c. J. 36 197. Speisvorrichtung. Edward Johnson, Paris.

Nr. 75c. M. 111 785. Farbensprühapparat. Ingenieur Müller & Co. m. b. H., Leipzig C. 2, Gürtelstraße 25.

Nr. 22g. B. 14 000 41. Farbenbindemittel. Otto Braake, Berlin C. 59, Hagenheide 92.

Nr. 22h. B. 131 990. Verfahren zur Herstellung härter Delfirnisse. Bakelite Gesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Löhnowstraße 32.

Nr. 22h. J. 37 680. Firnisse und Standble. J. O. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

Nr. 22h. W. 69 894. Lösungsmittel für die Lack- und Firnisindustrie. Dr. Alexander Wacker, Gesellschaft für elektrochemische Industrie G. m. b. H., München, Prinzregentenstraße 20.

Nr. 22h. J. 17 286. Lauchlack zur Herstellung schrumpfkapselähnlicher Leberzüge. Albert Jetter, Hamburg, von-Offen-Straße 24.

Berchiedenes

Sprachkurse.

Anfang Juli beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kurssteilnehmer zahlen die Hälfte.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Literarisches

Weltstämmige Rassenkunde. Von Professor Dr. S. Hiltl. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Mit 41 Abbildungen. Preis 1,50 M.

Der Umfang des Vortrags ist aber unumstößlich zum Trotz in den Großstädten wieder zu einer wahren Volkskunde geworden. Im Juniheft der „Urania“ wirft Hiltl. über die Bedeutung der Rassenkunde.

Jedermanns-Berlin in zehn Bänden, mit über 300 farbigen Tafeln, Landkarten und statistischen Darstellungen. Herausgegeben von der Verlagsanstalt Hermann & Co. Berlin.

Vom 30. Juni bis 6. Juli ist die 27. Beitragswoche. Vom 7. Juli bis 13. Juli ist die 28. Beitragswoche.

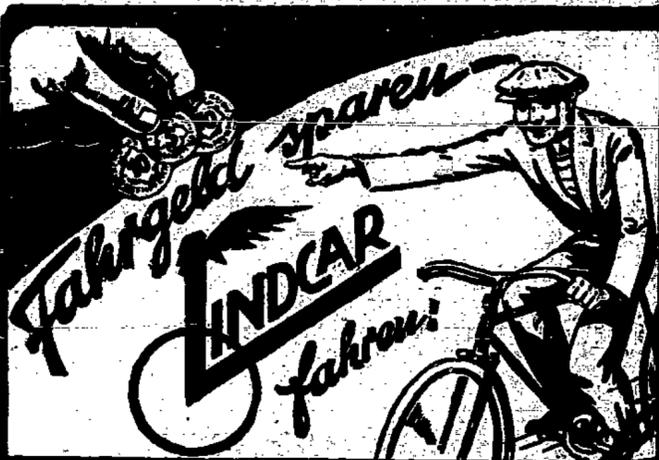
Sterbetafel.

Hannover. Am 16. Juni starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Heinrich König im Alter von 67 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naumburg-Leipzig



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrat

LINDCAR-FAHRRADWERK Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

28 Gros-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.